ZECK

Das Info aus der Flora
Nummer 51 ° Juli 96 ° kost nix

FREIHEIT FÜR SAFWAN

20. Juli bundesweiter Aktionstag

Vorwort

Diesen Monat mußten wir den Umfang der Zeitung auf 20 Seiten begrenzen. Deswegen ist der eine oder andere Text nicht reingekommen bzw. auf nächsten Monat verschoben worden.
Drin ist ein - wie wir finden - sehr lesenswerte Artikel, der sich mit dem PC-Diskurs und Antifeminismus in der BRD auseinandesetzt. Zur Arranca!-Diskussion haben wir einen Text von Muschi Untermaier aus der Interim übernommen. Fehlen tut diesen Monat die Flora-Fortsetzungsreihe "Elli sagt". Das ist zwar schade, war aber wegen der Platznot nicht anders möglich. Einen längeren Artikel zur FSU haben wir ebenfalls auf August verschoben.

Diesen Monat im Ordner:
* ein Artikel zu Silvio Gesell aus der Beute
* Unitarier
* Sprengel (Kurzmeldung im Heft)
* Kurdistan (Kurzmeldung im Heft)
* Chiapas
* Ein Brief der Land und Freiheit-Redaktion
* ein Gespräch von Feministinnen über die Rolle des "Heißen Drahtes" (Kleinanzeigenblatt in Niedersachsen) zum Frauenhandel

Noch ein Wort in eigener Sache: Nach langem Klagen stellte es sich langsam ein, daß uns Artikel nicht immer erst vor Torschluß erreichten. Mittlerweile wird das aber wieder so, was für uns ärgerlich ist und unsere Arbeit mitunter auch erschwert. Redaktionsschluß für Beiträge war, ist und bleibt deshalb jeweils der 20.!

Die Fahrradwerkstatt der Flora ist entgegen anderslautender Informationen geschlossen.
Seit dem 29. 6. wird die Vokü renoviert. Die Arbeiten werden sich bis weit in den Juli erstrecken. Je mehr Leute helfen, desto eher ist die Vokü wieder auf.
Die nächste Flora-Vollversammlung ist Mittwoch, den 24. Juli, um 19 Uhr in der Flora - pünktlich.



Inhalt:

Stadtteilfest im Schanzenviertel

Seit Mai laufen die Vorbereitungen und Überlegungen für ein Stadtteilstraßenfest im Schanzenviertel. Bisher haben wir in der sich wieder neu zusammengesetzten Vorbereitungsgruppe den Termin auf den 24. August 1996 (Sa) festgelegt. Stattfinden soll das Fest wieder auf dem Schulterblatt vor der Flora, sowie in der Susannen- und Bartelsstr.. Außerdem haben wir uns in diesem Jahr entschlossen, das Fest nicht anzumelden.
Wie schon in den vergangenen Jahren soll das Stadtteilstraßenfest ein Forum für die Arbeit von Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen bieten, ihre politischen, sozialen und/oder kulturellen Aktivitäten öffentlich darzustellen. Auf jeden Fall wird es wieder zwei Bühnen geben. Zusätzlich soll es einen Platz für StraßenkünstlerInnen geben. Die Koordination wird auf den Vorbereitungstreffen zum Straßenfest laufen (Termine siehe unten). Gruppen, die Informationsstände oder ähnliches machen wollen, sollten möglichst auch mal vorbeischauen. Das Straßenfest wird wie in jedem Jahr unkommerziell sein.
Also: Raus auf die Straße!
Aber vorher: Rein in die Vorbereitung!

Nächstes Treffen:
Mo. 15.7., Rote Flora 18 °° Uhr Vokü
Weitere Treffen, am gleichen Ort:
Do. 25.7./ Mo. 5.8./ Do 15.8./ Mo. 19.8./ Do. 22.8.

Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag

Solidaritätshungerstreiks in europäischen Knästen:

"Wir fordern die sofortige Beendigung der Repression in den türkischen Gefängnissen"

Seit dem 3. Juni sind Hunderte von Kurden in Brüssel, London, Bonn, Genf und Stockholm in einen Solidaritätshungerstreik mit den hungerstreikenden politischen Gefangenen in den türkischen Gefängnissen getreten. Die Gefangenen wollen mit diesem Hungerstreik gegen die Folterungen, Repressalien und Angriffe in den Gefängnissen des türkischen Regimes in der Türkei und in Kurdistan protestieren.
Der türkische Staat erklärte Anfang 1996 gegenüber der Öffentlichkeit, daß er das wichtigste Problem in der Türkei - die kurdische Frage - mit politischen Mitteln lösen wolle. Diese Erklärung weckte in vielen Kreisen Hofnungen. Eine wichtige Chance in diesem Sinne bot der offene und einseitig erklärte Waffenstillstand der PKK vom 15.12.95. Trotz der Versprechungen des türkischen Staates hinsichtlich einer politischen Regelung des Konflikts wurden die Friedensangebote der kurdischen Seite wiederholt abgelehnt. Alle Dialogangebote der PKK ließ man unbeantwortet, stattdessen wurde u.a. ein mißglücktes Attentat auf den Vorsitzenden der PKK verübt.
Die politischen Gefangenen in der Türkei und in Kurdistan wurden und werden einer systematischen Folter unterzogen. Ausserdem wurde der Ex-Polizeipräsident des türkischen Staates, Mehmet Agar, zum neuen Justizminister auserkoren. In seiner Amtszeit wurden die Folterungen der Gefangenen auf den Höhepunkt getrieben, dies bezeugt auch die in den USA ansässige Menschenrechtsorganisation "Helsinki Watch" in einem Bericht an den US-Senat: Sie bezeichnet Agar als Weltmeister der Folterer. Seit dem 27. März befinden sich in Kurdistan und in der Türkei Tausende politischer Gefangener in vierzig türkischen Gefängnissen im Hungerstreik. Dieser Hungerstreik, dem sich auch die fortschrittlich-demokratischen türkischen Gefangenen anschlossen, wächst von Tag zu Tag lawinenartig an. Eine grosse Zahl demokratisch gesinnter Menschen ebenso wie die Verwandten der politischen Gefangenen traten aus Solidarität auch in den Hungerstreik, vor allem in den Büros der HADEP, den Büros anderer Parteien und in den Räumen des Menschenrechtsvereins IHD. Die Parteizentrale von HADEP in Diyabakir und die darin hungestreikenden Verwandten der politischen Gefangenen wurden mit allen erdenklichen Mitteln schikaniert: so wurden sie u.a. von türkischen Sicherheitskräften eingekesselt, Wasser und Strom wurden abgestellt und die BesucherInnen wurden daran gehindert, das Gebäude zu betreten.
Auf die Forderungen der Hungestreikenden nach Beendigung der barbarischen Folterungen und Repressalien in den Gefängnissen antwortet der türkische Staat mit verschärften Angriffen von Militär, Spezial-Einheiten und Polizei. Zuletzt wurden bei einem Überfall auf die Gefangenen am 29. Mai 19 von ihnen verletzt und in diesem Zustand in andere Gefängnisse transportiert. Zwei der Verletzten, Mehmet Durmus und Fesih Erkaplan, haben sich aus Protest gegen diese Angriffe selbst angezündet und sind schwerverletzt.
Angesichts dieser menschenverachtenden Ereignisse traten auch die im Ausland lebenden Kurden aus Solidarität mit den politischen Gefangenen in den Hungerstreik. Wir rufen alle demokratischen Menschen auf, diesen berechtigten Aufschrei der politischen Gefangenen wahrzunehmen und den Folterstaat Türkei anzuklagen.

Schweigen heißt zustimmen!

Solidaritätskomitee mit den Hungerstreikenden, 3. Juni 1996 (gekürzt)

Der aktuelle Stand im radikal-Verfahren

Pünktlich zum Jahrestag der Razzien am 13.6. haben sich in Bremen Frank, Jutta und Ulli, drei der vier letztes Jahr Untergetauchten, der Justiz gestellt. Begleitet von 200 GenossInnen gaben die drei am morgen eine Pressekonferenz und gingen anschließend zum Landgericht Bremen. Ebenfalls pünktlich zum 13.6. erschien zur großen Freude der Anwesenden - und sicher nicht zur Freude der BAW - die radikal 154. Noch am Abend wurden sie nach Karlsruhe gebracht und dem zuständigen Haftrichter vorgeführt. Jutta und Ulli wurden am 15. Juni wieder entlassen. Wie schon bei der Haftaussetzung der vier letztes Jahr Eingeknasteten wurde die Aussetzung der Haftbefehle mit strengen Auflagen verbunden: Kontaktverbot zu FreundInnen, die ebenfalls ein Verfahren wegen radikal haben, dreimal wöchentlich bei den Bullen melden, Hinterlegung von 20.000 DM Kaution, Abgabe sämtlicher Ausweispapiere.
Gegen Frank aus Köln wurde der Haftbefehl nicht ausgesetzt. Ihm wirft die BAW vor auch an der Herstellung der aktuellen Ausgaben der radikal 153 und 154 beteiligt gewesen zu sein. Frank sitzt seitdem unter den für § 129/129a-Verfahren üblichen verschärften Isolationshaftbedingungen in Karlsruhe im Knast.
Über ihre Entscheidung, sich nach einem Jahr zu stellen sagten die drei auf der Pressekonferenz: "Seit Beginn des Jahres denken wir darüber nach, ob wir wieder zurückkommen sollen. Die Entscheidung erstmal abzutauchen war auf jeden Fall gut und richtig. ... Der Prozeß kann durchaus ein halbes Jahr dauern, und bei einem eventuellen Revisionsverfahren können leicht zwei oder drei Jahre ins Land gehen, bis ein endgültiges Urteil vorliegt. Da das Verfahren 'runtergestuft' wurde, begannen wir zu überlegen, ob das Wegbleiben nicht unverhältnismäßig ist. Die Entscheidung viel uns nicht leicht ... Aber mittlerweile überwiegen unsere Gründe fürs Zurückkommen deutlich die Ungewißheiten, die mit der Rückkehr verbunden sind. ... Wichtig ist es für uns auch, mit den anderen Vieren



gemeinsam den Prozeß zu führen. Und je später wir zurückkommen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, von deren Verfahren abgetrennt zu werden."
Matthes, der vierte im letzten Jahr Untergetauchte, dem zusätzlich zur Mitarbeit an der radikal Mitgliedschaft in der AIZ vorgeworfen wird, hat sich entschlossen, sich weiter der Verhaftung zu entziehen.

An dieser Stelle herzliche Grüße an Matthes und die anderen im K.O.M.I.T.E.E.-, im Kaindl- und diversen anderen Verfahren Untergetauchten. Hoffentlich erwischen euch die staatlichen Verfolgungsbehörden nie!
Zum Schuß noch eine erfreuliche Meldung: Die Haftbefehle gegen die vier letztes Jahr festgenommenen, und damit auch die Auflagen, sind inzwischen aufgehoben worden

Schreibt Frank, der z.Zt in der JVA Karlsruhe sitzt: Frank Großkinsky, Post über Ermittlungsrichter Wolst am BGH, Herrenstr. 45a, 76125 Karlsruhe.

Berichtigung

In der letzten Ausgabe haben wir die Grußadresse von Bernhard aus der JVA Köln zur Ausstellung Kunst und Texte gegen die Todesstrafe dokumentiert. Dabei ist uns beim Abtippen ein Fehler unterlaufen: Natürlich sind Bernhard und Michael nicht beide in der JVA Köln eingeknastet. Nachwievor sitzen Bernhard in der JVA Köln und Michael in der JVA Lübeck.
Vielen Dank an die aufmerksamen LeserInnen, die uns auf den Fehler aufmerksam gemacht haben.

Abschiebung brutal...

Die offizielle Version eines "Vorfalles" im Abschiebeknast Glasmoor am 7.Juni lautet, ein Gefangener hätte sich seiner Abschiebung erheblich widersetzt und sei in dem Gerangel mit insgesamt 5 LKA-Beamten und Schließern des Knastes unglücklich "aufs Gesicht gefallen". Auch ein Beamter sei dabei verletzt worden, am Unterarm, wegen der Handschellen...

De facto versuchten die fünf Abschieber an diesem Tag tatsächlich, Aslan A. in die Türkei abzuschieben. Ein Vorgang, der für die Hamburger Abschiebepolitik inzwischen Alltag ist. Nicht ganz so alltäglich war hingegen, daß Aslan sich vehement gegen seine Deportation wehrte. Nach einem kurzen Handgemenge wurde er von drei Schließern des Knastes brutal zusammengeschlagen - unter Aufsicht zweier Beamter des LKA - und blutüberströmt sowie an Händen und Füßen gefesselt zu einem inzwischen eingetroffenen Krankenwagen geschleppt. Der fuhr Aslan dann nach kurzem Aufenthalt im AK Ochsenzoll ins Krankenhaus Heidberg, wo er schließlich an einem Nasenbeinbruch operiert wurde. Auch im Genitalbereich hatte er starke Schmerzen, nachdem die Schläger dem am Boden liegenden Aslan mehrfach zwischen die Beine traten. Doch während selbst ein behandelnder Arzt des Heidberg-Krankenhauses in sein Behandlungsprotokoll schrieb, die Verletzungen Aslans wären durch "einen" Schlag verursacht worden, steht dem immer noch die Version der Specherin der Hamburger Justizbehörde Sabine von Westfalen und des Leiters der JVA Glasmoor Harold Buck entgegen. Die gaben in Interviews mit einem freien Journalisten übereinstimmend an, "der Gefangene" sei im Handgemenge gestürzt und "unglücklich aufs Gesicht gefallen", eine Bezeichnung für Mißhandlungen aller Art, die bei der Vertuschung ebensolcher auf eine lange Tradition zurückblicken kann. Während aber Westfalen angab, Aslan sei zusammen mit zwei Schließern gestürzt und auch einer von diesen hätte dabei Verletzungen am Arm davongetragen, wußte Buck zu berichten, "der Gefangene" sei "alleine hingefallen". Mittlerweile hat Aslans Anwalt, gegen die drei Schließer Anzeige wegen "Körperverletzung" erstattet, gegen die beiden LKA-Beamten wegen "unterlassener Hilfeleistung". Justiz- und Ausländerbehörde sagten unterdessen halbwegs verläßlich zu, Aslan nicht abzuschieben, bevor der "Vorfall" untersucht worden sei. Wie solche Untersuchungen aussehen, konnte man recht eindrucksvoll an einem Fall verfolgen, der vor etwa eineinhalb Jahren mit der Abschiebung des Betroffenen endete. Damals war Kwame N. in Glasmoor von mehreren Schließern zusammengeschlagen worden und damals hatte ebenfalls Strafanzeige wegen "Körperverletzung" erstattet. Die Kieler Staatsanwaltschaft hielt es allerdings für besser, die Akte dieses Falles erst Monate später und zufällig genau einen Tag vor der Abschiebung des Verprügelten an die ermittelnde hamburger Polizei weiterzuleiten, die sich natürlich außerstande sah, Kwame noch zu dem Vorfall zu befragen. Einige Zeit später wurde seinem Anwalt dann mitgeteilt, das Ermittlungsverfahren sei eingestellt worden, weil die mutmaßlichen Täter durch die große Zahl der im Knast eingesetzten Schließer nicht zu ermitteln seien, sein Mandant hätte aber ja die Möglichkeit, das Verfahren von seinem Heimatland aus fortzuführen, wenn er neue Hinweise auf die Schläger hätte.

Lübeck: Entscheidung über Haftprüfung aufgeschoben

Am 27.Juni fand in Lübeck eine erneute Haftprüfung statt. Sie war nötig geworden, da auch das Gericht inzwischen anerkennen mußte, daß Safwan erst 20 Jahre alt und somit ein Jugendgericht zuständig ist.

Die Jugendkammer des Landgerichts in Lübeck will jedoch keine "schnelle Entscheidung" treffen; sie will sich gründlich beraten. Bis zu dieser Entscheidung, die nicht vor Dienstag, den 2. Juli zu erwarten ist, **bleibt Safwan Eid in Haft.**

Unter Mißachtung der gesetzlichen Fristen, die Haftprüfung war schon seit 2 Wochen fällig, lud der Vorsitzende Richter zum "kontrollierten Dialog" mit Staatsanwaltschaft und Verteidigung im Rahmen der Haftprüfung vom 27. Juni d.J. ein.

Die Staatsanwaltschaft beantrgte, eine Fortsetzung der Untersuchungshaft wegen "dringendem Tatverdacht" auf Grundlage der Anklageschrift vom 8. Mai wegen fahrlässiger Körperverletzung und besonders schwerer Brandstiftung mit bedingtem Tötungsvorsatz.

Die Anträge der Verteidigung zu diesem Haftprüfungstermin sind gänzlich abgelehnt worden. Das Angebot der Verteidigung, Safwan wenigstens auf Kaution aus der Haft zu entlassen, wurde vom Gericht lediglich zur Kenntnis genommen.

Der "kontrollierte Dialog" soll keine Rückschlüsse auf die richterliche Einschätzung des "dringenden Tatverdachts" gegen Safwan zulassen - darauf legte der "Unparteiliche" besonderen Wert. Er legte Staatsanwaltschaft und Verteidigung jedoch 9 Themenkomplexe zur Stellungsnahme vor. Dabei geht es u.a. um die Frage, ob Safwan "Täterwissen" habe. "Täterwissen" wäre für das Gericht eine Beschreibung der Brandlegung. Daß es offensichtliche, eklatante Ungereimtheiten im Konstrukt der Staatsanwaltschaft gibt, scheint auch der Jugendkammer nicht verborgen geblieben zu sein. Auch hinsichtlich der Verwertung der Abhörprotokolle aus dem Knast hat das Gericht zumindest das Problem der Übersetzung, aber auch das der technischen Qualität und grundsätzlich der juristischen Verwertung erkannt. Außerdem hat es jetzt Prof. Achilles als offiziellen Brandsachverständigen verpflichtet.

Es scheint für die Genauigkeit des Gerichts zu sprechen, wenn es diese Fragen stellt und Untersuchungen veranlaßt - in der Hauptverhandlung, nicht jedoch am Haftprüfungstermin. Hier dienen diese aufgeworfenen Fragen und angeschnittenen umfassenden Themen dazu, die Haft für Safwan zu verlängern - bis zur aufwendigen Klärung dieser Fragen. Bei genauem Hinsehen entsteht der Eindruck, das Gericht will das unzureichende Konstrukt der Staatsanwaltschaft abdichten, damit es auch vor einer (nicht besonders aggressiven) internationalen Öffentlichkeit der Überprüfung standhält. Denn selbst der Themenkomplex "Grevesmühlen" führt nicht zur Freilassung von Safwan:

Aufgabe des Gerichts sei es nicht, nach anderen Tätern zu suchen. Die Hinweise auf den dringenden Tatverdacht gegen die Grevesmühlener seien nur im Hinblick auf eine Entlastung für Safwan relevant. So hat des Gericht festgestellt, daß diese kein Alibi haben: es sei weder die Echtheit der Tankstellenkasse überprüft worden, die 3.19 auf den Bon tippte; es sei auch kein Problem, den Weg von der Tankstelle zum Tatort in einer wesentlich kürzerer Zeit zurückzulegen, als bisher von der Staatsanwaltschaft angegeben.

Und folgende Fakten geben dem Gericht zu denken, die jetzt durch Recherchen von JournalistInnen Akteninhalt geworden sind: der Sanitäter Jens Leonhardt wurde von seinem Freund Matthias Hamann gedrängt, Safwan Eid zu belasten.

Dieser berichtete der Polizei, sein Freund Jens Leonhardt habe ihm bereits auf dem Weg zum Krankenwagen vom angeblichen Geständnis Safwans berichtet - also zu einer Zeit, da der Belastungszeuge noch kein Wort mit Safwan gewechselt hatte. Er ist die treibende Kraft für die falsche Anschuldigung Safwans.

Hintergrund: Matthias Hamann war beim "Malteser Hilfsdienst" tätig, als der Diebstahl von Medikamenten bekannt wurde. Matthias Hamann wurde verdächtigt; sein Spind wurde durchsucht; u.a. wurden Berge von rechtsradikaler Propaganda gefunden und ein fertiger Plan/ein Protokoll über den Aufbau einer Wehrsportgruppe in Lübeck. Mit einem der 4 Tatverdächtigen aus Grevesmühlen gab es enge Kontakte: mit Maik Wotenow, der den Namen und die Telefonnummer des Belastungszeugen Jens Leonhardt wierderum in seinen Aufzeichnungen hat. Jens Leonhardt wurde zu seiner Aussage gedrängt, als die Festnahme der 4 Deutschen bekannt wurde.

Freiheit für Safwan -
Bundesweiter Aktionstag 20. Juli

Jenseits der Polarität von Oben und Unten

Diskussion Arranca! Nr.8

Zur Kritik der Schwarzmarktfrauen an: "Stellungslehre - Über das 'Untenliegen' und Political Correctness"

Als Schreiberin des Textes "Über das 'Untenliegen' und political correctness" (Arranca! Nr.8) nehme ich im folgenden zur Kritik der Frauen und Lesben aus dem Hamburger Schwarzmarkt "Transparenz in der Zensur" Stellung und versuche ausführlich zu begründen, warum der Text so ist wie er ist und in einer gemischten Zeitung erschienen ist. Dabei ist dieser Text nicht als Legitimationsversuch sondern als zweite Version des Textes der Arranca! zu verstehen, der die Auseinandersetzung sucht und daher auch in einer anderen, erklärenden Sprache verfaßt ist.

Die Kritik der Schwarzmarktfrauen an dem Text (und damit die Begründung der Zensur) fußt im Wesentlichen auf zwei Thesen:

1. Entpolitisierung von Sexualpraktiken (insbes. der Penetration) durch Darstellung des "persönlichen, individuellen Umgangs" damit
2. Funktionalisierbarkeit des Textes durch oberflächliche Darstellung feministischer Politik in einer gemischten Zeitung

Dabei kommen die Hamburgerinnnen zu dem Schluß, daß die Kernaussage des Textes sei, daß die Autorin "doch auch nur penetriert werden will" und sie damit den männlichen Lesern der Zeitung die "mühsame Auseinandersetzung" mit deren bevorzugten Sexualpraktiken (Penetration) ersparen würde. Gerade diese Aussage sei "gefährlich".

M.E. nach läßt sich der Text nicht so einfach auflösen. Er ist gerade deshalb als assoziativer, nicht-theoretischer, auch an subjektive Erfahrungen anknüpfender Text verfaßt, weil er ein Gegengewicht zu den z.T. sehr stark theoretisierenden, sich von vornherein legitimierenden Texten der übrigen Nummer geben will. Der Text spiegelt die konkrete Auseinandersetzung einer weißen, ptivilegierten, mittelschichtssozialisierten, bis dato heterosexuellen Frau mit heterosexuellen Praktiken wider. Das ist die subjektiv-konkrete Komponente. Nun zur "Objektiv-abstrakten = politischen" Komponente: Der Text (und die Autorin) versucht aus dem erkannten Unterdrückungs- und Ausbeutungscharakter heteropatriarchaler Rollenzuweisung auszubrechen, indem die Oben-Unten Polarität als patriarchale Konstruktion entlarvt wird. Grundannahme des Textes ist also, daß die Konstruktionen von Gender durch Bewußtwerdung dekonstruiert werden können. Die Negation der sexuellen Rollenzuschreibung kann also erneut negiert werden, so daß es zur Aufhebung der Gebundenheit an Rollenzuschreibung kommen kann. Diese Dekonstruktion muß Männer und Frauen gleichermaßen einschließen; die Auseinandersetzung mit Gender als sozialer Rollenzuschreibung kann daher m.E. in der gemeinsamen gemischtgeschlechtlichen Auseinandersetzung laufen. Die dem Text vorangestellten gesellschaftlichen Oben-Unten Diskurse werden als Grundlage der heteropatriarchalen Verhältnisse in ihrer herrschaftsstabilisierenden und gender-zementierenden Wirkung benannt. Das hätte auch weniger assoziativ und damit weniger dynamisch so ausgedrückt werden können:

"Die Macht der Männer wurde ausgepolstert, indem Frauen zum Geschlechtsverkehr verpflichtet und ihre sexuellen Reaktionen so manipuliert wurden, da sie ihre Unterdrückung selbst erotisierten." (Sheila Jeffreys: Ketzerinnen. Verlag Frauenoffensive 1993)

Daß Penetration in einer patriarchalen Kultur allgemein eine herrschaftsstabilisierende Funktion hat, steht außer Zweifel, hat aber die Annahme und Übernahme bestimmter patriarchaler Kategorien (aktiv-passiv, Macht-Ohnmacht usw...) zur Grundlage:

"Es ist an ein Prinzip zu erinnern, das gewiß nicht nur der (antiken) griechischen Kultur eigen ist, das aber dort eine große Bedeutung erlangt... Es handelt sich um das Prinzip des Isomorphismus (Gleichgestaltigkeit) zwischen sexueller Beziehung und gesellschaftlichem Verhältnis. Darunter ist zu verstehen, daß das sexuelle Verhältnis immer vom Modell des Penetrationsaktes und der Polarität zwischen Aktivität und Passivität aus gedacht etwas gleichartiges, wie das Verhältnis zwischen dem Oberen und dem Unteren, dem Herrschenden und dem Beherrschten, dem Unterwerfenden und dem Unterworfenen, dem Sieger und dem Besiegten, wahrgenommen wird. Die Lustpraktiken werden mit denselben Kategorien reflektiert wie das Feld der sozialen Rivalitäten und Hierarchien... Von da aus läßt sich verstehen, daß es im sexuellen Verhalten eine Rolle gibt, die an sich ehrenhaft ist und uneingeschränkt positiv gewertet: Eben jene, die darin besteht aktiv zu sein, zu beherrschen, zu penetrieren und so seine Überlegenheit durchzusetzen." (Michel Foucault: Sexualität und Wahrheit Bd.2)

Nochmal zu Oben-Unten:
Arbeitsethos und Dominanz der "Aktivrolle"

An dieser Stelle setzt der Stellungslehre-Text an und versucht, die gesellschaftliche Gleichsetzung aufzulösen, die von einer zwingenden Polarität ausgeht: sexuelle Aktivität = positiv = männlich und folglich: sexuelle Passivität = negativ = weiblich. Die im Stellungslehre-Text zu Beginn zitierten Diskurse um Oben-Unten dienen dafür als Beispiel. Diese Polarität spiegelt zwar m.E. nach die existente patriarchale Dominanzkultur - ist aber nur solange Polarität, wie Bewertungen von geschlechtlich zugeordnetem Verhalten akzeptiert und tradiert werden. "Passivität" wird dabei von vornherein als "minderwertig" abqualifiziert. Die Überbewertung des "Aktiven", "leistungsfähigen", "Starken"... und die Minderbewertung des "Passiven", nicht "leistungsbezogenen", "Schwachen" hat in der patriarchalen, westlichen Kultur mit dazugeführt, daß "Schwache", "Nicht-Verwertbare" bis hin zur Ermordung unsichtbar gemacht worden sind. Eine Kultur der entfremdeten Produktion von Werten und Waren setzt Aktivität, verstanden als bezahlte Arbeit, an die Spitze der gesellschaftlichen Wertschätzung.

Männer und Frauen:
Befreiung durch Dominanz der "Passivrolle"?

Das kann für eine befreite Sexualität eben nicht bedeuten, daß "Passivität" erneut verdrängt wird, weil sie gesellschaftlich als minderwertig bewertet wird und damit folglich sexuell nicht zu praktizieren ist. Im Gegenteil: eine befreiende Praxis kann für Männer und Frauen(!) darin bestehen, die "ehrenwerten" und "lustvollen" Aspekte auch von sogenannter "Passivität" zu entdecken. Ihr Tempo zu verlangsamen, genauer hinzuschauen, genauer zu fühlen, von einer leistungs- und orgasmusorientierten Sexualität zu einer schöpferischen Sexualität zu kommen, in der als Genuß empfunden wird, Lust zu machen und Lust anzunehmen!

In dem Stellungslehre-Text wird bewußt die Seite der "Passivität" (klassisch das "Untenliegen") in den Mittelpunkt gerückt. Motiv hierfür ist neben einer provokativen Funktion, der patriarchalen Überbewertung von "Aktivität" erotische Genußfähigkeit entgegen zu setzen. Gerade die Konstruktion "Weiblichkeit = Passivität = minderwertig" wird im Text deutlich abgelehnt. Der Text lehnt es gleichermaßen ab, daß sexuelle Emanzipation von Frauen allein darin besteht, "Obenzuliegen", d.h. sich das patriarchale Leistungsprinzip zueigen zu machen und folglich eine vom Arbeitsethos geprägte Männer-Leistungs-Sexualität zu übernehmen. Er versucht damit den Raum zu öffnen und Frauen dazu zu ermutigen, ihre Sexualität zu leben, ohne sich patriarchale Polaritäten und Berwertungen zu eigen zu machen. Dazu gehört, daß Frauen Subjekte von Penetration sein können, wenn sie es wollen und wie sie es wollen!

"Manche Feministinnen haben darauf hingewiesen, daß der Geschlechtsverkehr in der Missionarsstellung nicht unbedingt bedeuten muß: "Passive Frau wird von aggressivem Mann gefickt." Diese Position kann genausogut z.B. so erlebt werden: "Starke Frau verschlingt zögernden Mann"." (Mariana Valverde: Sex, Macht, Lust (1985) Orlanda Frauenverlag 1989, Fischer TB 1994)

Entpolitisierung durch Privatheit?

Dabei kann Frauen Penetration Spaß machen, Lust bringen. Muß aber nicht. An keiner Stelle formuliert der Text, daß "linke Frau doch auch nur penetriert werden will." Der Text sagt, daß Penetration OK und lustvoll sein kann. Er formuliert es nicht abstrakt, sondern subjektiv. Wenn die Schwarzmarktfrauen daraus folgern, daß der Text damit eine politische Forderung (weg von der Penetrationsorientierung) entpolitisiere, indem er individualisie-

re, ist das zwar nachzuvollziehen, aber: die Auseinandersetzung mit Sexualität wird m.E. erst dann politisch, wenn transparent und öffentlich dikutiert werden kann, was sonst im Nachttisch weggeschlossen wird. Subjektivität ist in dieser Auseinandersetzung die Grundlage um ehrliche und fortschrittliche Diskussion zu ermöglichen. Und das gilt für subjektiv lustvolle Erfahrungen genauso wie für subjektiv miese Erfahrungen. Politisch ist die Auseinandersetzung um Sexualität dann nicht, wenn abstrakt und ohne an das eigene, subjektive Erleben anzuknüpfen, dahergebetet wird, was gerade Maßstab ist, um nicht ins "Fettnäpfchen" zu treten. Politisch und fortschrittlich ist sie auch dann nicht, wenn Frauen nicht formulieren können, daß sie Lust haben - auch auf Sex mit Männern - auch auf Penetration mit Männern, weil damit die Dimension sexualisierter Gewalt durch Männer an Frauen aus dem Blick gerate. So einfach ist es nicht. Frauen können Subjekte ihrer Sexualität sein - und das geht auch mit Männern und kann (muß nicht) Penetration mit einschließen. Gerade dann, wenn die gesellschaftliche Funktion und Bestimmtheit von Sexualität auf die vermeintlich "intimen", d.h. privaten Erlebnisse bezogen wird, wird's spannend und politisch. Der Text setzt die gesellschaftliche Bestimmtheit von Sexualität voraus - das wird im Text u.a. im Zitieren der gesellschaftlichen Oben-Unten-Diskurse deutlich.



Warum das alles in einer gemischten Zeitung?

Bei Kommunikation gibt es stets einen AdressatInnenbezug und damit angenommene Voraussetzungen bei den AdressatInnen durch die SenderInnen einer Information. Die Arranca! ist zwar eine Zeitung, die auch über die sogenannte Szene hinaus gelesen wird, dennoch nehme ich an, daß ein Großteil ihrer LeserInnen in etwa der (zu kritisierenden) Zusammensetzung der "autonomen Szene" entspricht: weiß, heterosexuell, mittelschichtssozialisiert, privilegiert... Das ist nicht der Wunschzustand, aber der, von dem der Text ausgeht. Weiterhin gehe ich davon aus, da sich die Mehrheit dieser (weißen, privilegierten, heterosexuellen...) Frauen über ihre eigene Stellung in penetrationsorientierter heteropatriarchaler Sexualität Gedanken (und mehr) gemacht hat und deren wirksame Unterdrückungsmechanismen erkannt hat. Aber sich auch darin nicht ausschließlich als sexuelles Objekt (Opfer) begreifen, sondern auch als sexuelles Subjekt. Das ist ihnen durchaus zuzutrauen. Hier sei an die Debatte 1994/1995 erinnert, die durch die Selbstinterviews von Frauen aus Berlin, Gießen "Was Männer aus der Linken nie wissen wollten" (Unzensiert Nr.32) und Hamburg "Sexualität und Herrschaft" (abgedruckt in Interim Nr.299) ausgelöst wurde. Als Reaktion auf die Kernaussage der Interviews (hier jetzt grob verkürzt: (linke) Männer sind Täter, wollen ständig penetrieren, Frauen sind Opfer), antworteten Frauen in der RAZZ Nr.64 (Hannover) so:

"Wir haben keine Lust mehr, daß Thema Sexualität immer nur aus dem Standpunkt der Unterdrückung heraus angegangen zu sehen. Frauen sind sexuell unterdrückt. Wir leben in einer patriarchalen Kultur. Deren Widersprüche sind aber nicht fein säuberlich in männlich-weiblich, gut-schlecht, herrschend-unterdrückt, mächtig-ohnmächtig zu trennen.[...] "Penetration" ist nicht grundsätzlich etwas von Männern gefordertes, das Frauen aus was für Motiven auch immer beim Sex mit Männern ertragen. Sie kann von Frauen initiiert und genossen werden und ist wie alle anderen Sexualpraktiken (wie übrigens auch das "in den Mund nehmen von Mordwaffen") Geschmackssache.[...] Sexualität mit Männern gleich Erniedrigung für Frauen ist kein Automatismus. Sexualität mit Männern in einer patriarchalen Kultur birgt ein großes Unterdrückungspotential für Frauen. Dadurch, daß Frauen sich darauf einlassen, sind sie aber noch nicht automatisch unterdrückt.[...] Es sind nicht immer die Männer, die eher und öfter sind. Männer sind in puncto Lust auf Sex nicht schneller als Frauen. Frauen haben Lust auf Sex. Und zwar nicht weniger oder mehr oder anders oder genauso wie Männer - sie haben einfach Lust. Keine Lust mehr haben sie, ihre sexuelle Energie mit der von Männern zu vergleichen oder anhand der von Männern zu definieren. Frauen haben und wollen Sex und das mit Begeisterung. Das ist nicht besonders stark, emanzipiert oder gar herrschend, sondern: es ist einfach so."

In diesem Sinne begreife ich mich als Frau nicht ausschließlich als Opfer patriarchaler - auch sexualisierter - Gewalt, sondern auch als Subjekt meiner Sexualität und nehme das als Voraussetzung bei den Adressatinnen des Stellungslehre-Textes ebenfalls an. Ein Großteil von Frauen hat Lust auf Sexualität, möglicherweise Lust auf Penetration und viele andere (auch noch zu erfindende) Sexualpraktiken. Ich habe einen Mund, um Nein zu sagen - aber ich habe auch einen Mund um Ja zu sagen. Ebenso habe ich beispielsweise meinen Mund nicht nur, um auf andere Menschen zu reagieren, sondern auch, um Sexualität zu initiieren. OK - diese Möglichkeit haben nicht alle Frauen. So stimmt diese Annahme möglicherweise nicht für Frauen, deren ökonomische Möglichkeiten, deren Lebenssituation, deren sexuelle Erlebnisse usw. es nicht zulassen, selbstbewußt mit verschiedenen Möglichkeiten von Sexualität umzugehen. Aber soll deshalb der Horizont auf die Möglichkeiten von Frauen auch innerhalb hetreosexueller Realität nicht eröffnet werden? Soll es deshalb nicht möglich sein, daß sich Frauen als Subjekte begreifen und so auch darstellen?

Auch Männer haben Fragen:

"Warum entwickeln wir nicht andere Lüste, die nicht so eng mit Macht verwoben sind, und die hoffnungslose Bedeutungsüberfrachtung von Orgasmus verändern? Wie wäre es mit Ruhe und Entspannung (ohne Spannung?) [...] Wie läßt sich die Kopplung von Schwanzfixiertheit, sexuellem emotionalen Erleben als Spannungsabbau und Leistungsdenken kapitalistischer Machart überwinden?" (Bayrischer Männerzusammenhang: Zu Vergewaltigung, Interim 318)

Der Text richtet sich an Männer und Frauen in einer gemischten Zeitung, weil er versucht, die oben diskutierten polarisierenden Rollenzuschreibungen und Konstruktionen zu benennen, auf das Patriarchat zurückzuführen und damit zu ihrer Auflösung beizutragen. Er versucht, das "passive Prinzip" als mögliche befreiende Praktik für Männer und Frauen zugänglich zu machen und von seinem gesellschaftlichen Stigma herauszulösen. Er stellt "Aktivität" und "Passivität" nicht als polare Rollenzuschreibungen gegenüber, sondern möchte Männer und Frauen zur dynamischen Verlangsamung, zum gemeinsam möglichen Genießen von Sexualität ohne Machtpolarität ermuntern. Er will Frauen ermutigen, Subjekt ihrer eigenen Sexualität zu werden, ohne daß sie Heterosexualität und Penetration ablehnen müssen, indem er die patriarchale Polarisierung, Hierarchisierung und Bewertung der Geschlechterkonstruktionen in den Sexualpraktiken auch praktisch bekämpft.

"Der Skandal einer patriarchalen Gesellschaft liegt nun darin, daß sie das Selbstsein und die Hingabe spaltet und sie je einem Geschlecht zuordnet. Die Frau wird auf Hingabe, der Mann auf Selbstsein verpflichtet. Der Frau wird das Streben zum anderen, nach persönlicher Beziehung, Bindung, Nähe zugeordnet; dem Mann das Streben nach Selbstbehauptung, Aktivität, Bewältigung und Erforschung. Diese Aufspaltung und Zuordnung konstituiert und bestätigt zugleich die Geschlechterhierarchie. Selbstsein und Hingabe sind im sozialen Kontext nicht mehr machtfrei denkbar. Hingabe wird zur Unterordnung, Selbstsein zur Herrschaft." (Birgit Rommelspacher: Der weibliche Masochismus - ein Mythos?, in: B. Rommelspacher u.a. (Hg.): Leiden macht keine Lust (1989), Orlanda Frauenverlag 1989, Fischer TB 1992)

Funktionalisierbarkeit?

Fast jeder Text läßt sich funktionalisieren. Auch dieser: Scharen von Männern werden nun wieder sagen können, daß "Frau ja doch nur penetriert werden will". Als ob sie das nicht ohne den Text einfacher sagen könnten und immer gesagt haben. Ob Männer den Text nicht auch anders lesen können - nämlich beispielsweise einfach so, wie es im Text gesagt wird: "Sexualität ist also kein Leistungssport, bei dem es um Durchsetzungsvermögen und Sieg oder Niederlage geht."? Vielleicht sieht sich der ein oder andere Mann damit auch darin bestärkt, daß es nicht seine Aufgabe sein muß, sexuell "leistungsfähig", ständig "aktiv" oder "oben" zu sein? Es gibt doch eine Reihe von denen, die darauf gar keine Lust haben? Oder er beginnt, sich Gedanken darüber zu machen, daß seine große antipatriarchale Geste: "Heute liegst du mal 'oben' und bist 'dominant'", nur eine Geste bleibt und nichts - wirklich garnichts - mit sexueller Befreiung zu tun hat. Auch das sind mögliche Lesarten des Textes. Daß der Text gerade aufgrund der "Oberflächlichkeit der Darstellung feministischer Politik" funktionalisierbar sei, ist genauso fraglich. Muß jeder feministische Text, bzw. jeder Text von Frauen das gesamte Repertoire feministischer Theorie wiederholen, um nicht funktionalisierbar zu sein? Würde damit nicht eine spontane und konkrete Auseinandersetzung erschwert? Liegt gerade in diesem Anspruch auch eine Ursache dafür, daß Feminismus oft Sache von Expertinnen bleibt? Der Text liegt, wie die Schwarzmarktfrauen sicherlich wissen, nicht mal außerhalb der aktuellen feministischen Diskussion beispielsweise um Postmoderne und Feminismus. Ist er deshalb funktionalisierbar, weil er nicht sämtliche Begriffe ("Essentialismus", "Ludic Feminism", Geschlechterkonstruktion, Gender ...) nennt und in der Sprache einfach bleibt?

Dynamik in die Antipatriarchatsdiskussion bringen, heißt auch Widersprüchlichkeit mutig zuzulassen und zu benennen. Ein Aussparen der Fragen und Widersprüche macht den Feminismus und die Patriarchatsdiskussion mit Sicherheit nicht lebendiger.

Schlußendlich: Who the ... is Muschi Untermaier?

"Feministin sein, hieß - und heißt für viele immer noch - bewußt, hartnäckig und rebellisch gegen das Spiel mit dem Gender, mit Dominanz und Unterwerfung, Widerstand zu leisten, im festen Glauben, daß trotz postmodernem Skeptizismus ein Leben ohne sie möglich ist." (Sheila Jeffreys: Ketzerinnen, Verlag Frauenoffensive 1993)

Uschi Obermaier ist Synonym für die linke Frau während der sogenannten "sexuellen Revolution", die bekanntlicherweise keine war, weil sich sexuelle Befreiung ausschließlich auf Männer und ihre Wertmaßstäbe von freiem Sex bezog. Frauen spielten eine zeitlang ganz gut mit, weil sie ihre Sexualität zunächst an den Kategorien der Männer maßen, auch um nicht aus den Kommunen, Gruppen usw. herauszufallen. Schnell, häufig wechselnd, polygam usw. war das Gebot der Stunde. Aber Uschi Obermaier (weiß, progressiv, privilegiert, in gemischten "Zusammenhängen") hat Fortschritte gemacht auf dem Weg zum sexuellen Subjekt. Sie benennt jetzt mit Genuß ihr Geschlechtsteil (Muschi) auch und gerade in männerdominierten, gemischten Zeitungen und hat erkannt, daß Oben nicht immer der Weg zum Glück ist (Untermaier). Muschi Untermaier ist aber auch selbstironisch. Sie sagt von sich selbst: "Ich bin eine Allerweltsfrau (Nachsilbe Maier), werde von Männern definiert über "Muschi" und "Unten", folglich bin ich nicht frei von männlicher Definitionsgewalt (wie damals), aber ich gehe offensiv damit um: ich akzeptiere eure Definitionsgewalt nicht: Ich habe meine eigene Sexualität - und die wird auch durch Muschi definiert und die Ablehnung der patriarchalen Gut-und-Schlecht-Kategorien: Ich muß nicht beherrschen und Oben-sein um obenauf zu sein!" Das sagt Uschi Obermaier in den 90ern, sich selbst Definitionsmacht aneignend, indem sie für sich selbst sagt, sie sei Feministin, ohne um Erlaubnis gefragt zu haben.

"Doch während sie [die Revolutionärin] die Sklavin in sich liquidiert, muß der männliche Revolutionär den Herrn in sich vernichten. Während sie sich Wunden schlägt im Kampf um ihren Sieg, kämpft er um seine Niederlage als Mann." (Ingrid Strobl: Die Angst vor den Frösten der Feiheit, in: Metropolengedanken & Revolution? ID-Archiv 1991)

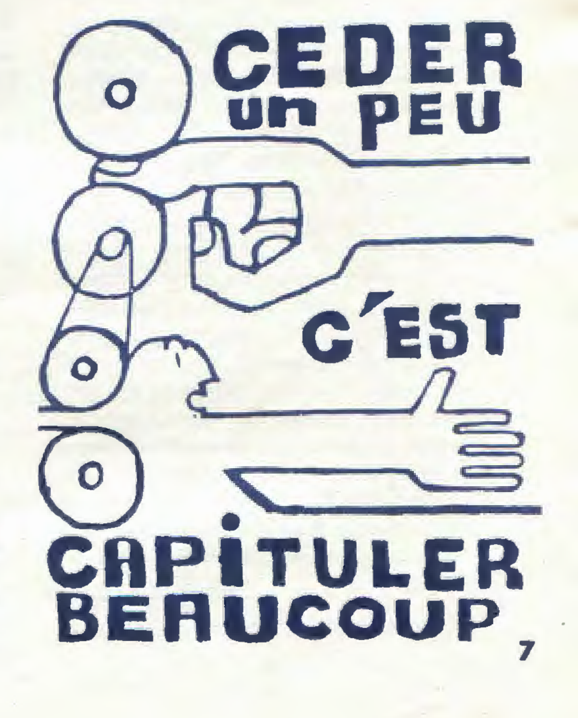
Muschi Untermaier

Zur Arranca-Diskussion & autonomer Politik

Der Artikel aus der Zeckredaktion zur Arranca und der Schwarzmarkt FrauenLesben (SMFL)-Erklärung ist eine erstaunliche Sache. Irgendwie hatte ich den Eindruck, ihr findet die SMFL-Erklärung zwar doof aber tut euch auch schwer, das zu sagen. Dadurch seid ihr auf eine Ebene gerutscht, die einerseits schwer intellektuell scheint und andererseits Sachen darstellt, wie sie so nicht stimmen. Ihr mogelt euch da so ein bischen durch. Das war dann im Gegensatz zur SMFL-Erklärung ziemlich schwer greifbar. Eine klarer formulierte Kritik wäre mir da lieber gewesen.

Die Entscheidung der SMFL finde ich im übrigen richtig, die Erklärung ziemlich gut. Wie ihr selbst schreibt, war der Gehalt der Arranca-Diskussion niedrig bis hin zu reaktionär, weshalb also das ganze als Ausgangspunkt für eine Diskussion begreifen? Die Diskussion über Sexualität gabs in den Neunzigern auch schon vor der Arranca. Daß die Arranca darauf nicht eingeht, zeigt auch, daß eine Weiterführung dieser Diskussion nur bedingt gewollt ist. Der Ausgangspunkt war ein Schwerpunkt um des vermeintlichen Tabubruchs willen. So wurde das ganze dann auch hübsch provokativ verpackt und bemüht "un-pc" serviert. Daß sich die ganze Schwerpunktkonstruktion so eher altbekannt pubertär bis reaktionär darstellt, ist damit kein Zufall, sondern eben der gewollte Ausgangspunkt der Diskussion. Daß Anhängerinnen der maskulinistischen Lesben-Szene bei der Arranca für eigene Interessen instrumentalisiert werden, während kritische Lesbenstimmen außen vor gelassen werden, möchte ich dabei gar nicht bewerten. Daß sich einige aus der Zeckredaktion aber nicht zu schade sind, solche Logik weiterzuführen, und den SMFL veraltete Identitätspolitik vorwerfen, ist Käse. Wenn ihr euch etwas mehr an der Realität bewegen würdet, wüßtet ihr auch, daß gerade autonome FL (die ihr ja kritisiert) die Gender Diskussion massiv mitgetragen haben. Diese Tatsache umzudrehen, ist ein Beispiel eures bemühten Konstruierens.

Würdet ihr euch in euren Ansätzen mehr an der Praxis orientieren, dann wüßtet ihr, daß es eine Auflösung aller Identitäten trotz allem nicht geben kann. Genauso wie einen Befreiungsnationalismus kann es eben auch befreiende Identitäten geben. Daß muß sich zwar immer hinterfragen lassen, ist aber ein wichtiger Ausgangspunkt sozialer Kämpfe. Welche die Gender Diskussion dazu benutzen, Übergänge, Hierarchien und Gewaltverhältnisse verschwinden zu lassen, betreiben eine "Gleichmacherei", die es so nicht geben



kann und die im Kern gegen soziale Bewegungen gerichtet ist. Es sind in den herrrschenden Verhältnissen eben nicht alle gleich. Und die Erkenntnis der Unterschiedlichkeit ist eine Voraussetzung für soziale Kämpfe. Wo die Gender Diskus sion diese Kämpfe (und Identitäten) hinterfragt und gegen die Schaffung neuer Absolutismen gerichtet ist, da hat sie eine praktische Anwendung. Und eine solche sollte trotz aller dicken Bücher unser Ausgangspunkt bleiben.
Zu dem Begriff von Autonomen, die alles selber lesen wollen können, fällt mir nix mehr ein. Es war, im Gegensatz dazu, immer ein Bestandteil autonomer Politik, linksbürgerliche, reaktionäre Inhalte aufzuzeigen und ohne larifari abzulehnen. Keine Sachdiskussion, keine Realpolitik und keine Diskussion mit Nazis und Rassisten. Die Verhältnisse sind scheiße, den bürgerlichen Konsens verachten wir, und unsere Lebenswelten suchen wir in einem diffusen Gewirr unserer Umwelt, die wir immer auch verändern wollen, und der Ausrichtung auf kämpfende soziale Gruppen. Gerade die konsequente Ablehnung vom Larifariintelektuellhinundherschweif hat die Autonome Bewegung ausgemacht. Ihre Stärke war die Schaffung klarer Angriffsziele und widerständiger Identitäten. Mensch mag dies kritisieren können, aber nicht umdeuten. Sicher gab es die unterschiedlichsten Ansätze in der Bewegung, aber ihr größter Anziehungspunkt war immer ihre Praxis. Wenn inzwischen 80% der Szene Studis sind (und das auch durchziehen) dann ist dies auch ein Ausdruck dafür, daß sich mittlerweile viel mehr mit dem System arrangiert wird. Umstrukturierung wird als nicht so schlimm empfunden, Häuserbesetzen als historisch betrachtet und deshalb wird lieber ums Eigenheim verhandelt. Lieber andere in ihrer Praxis zerreißen, anstatt selbst etwas zu machen und die Anhebung des eigenen Lebensstandards als revolutionärer Zoll an das Jahr 1996 stellen heute teilweise autonome Politik dar. Wir werden die Yuppies und das liberale Pack von morgen. Es geht nicht darum, '87 wiederholen zu wollen, sondern darum, '87 nicht ständig als Lanze der Entschuldigung vor sich her zu führen. Motto: "Seht her, da hats auch nicht geklappt, und heute ist eh alles anders". Ich vermisse den Versuch, sich aus der Geschichte mit einer revolutionären Perspektive weiterzuentwickeln anstatt diese abzuwickeln. Die kulturelle Identität der "Verweigerung" wurde mir allzu schnell zum bloßen Relikt vergangener Kämpfe erklärt. Nicht die Verhältnisse haben sich so grundlegend geändert, sondern unsere Bedürfnisse! Das wird oft verdreht, um sich zu entschuldigen. Die klasse herausgearbeitete Analyse, daß nix nix bringt, kann mir gestohlen bleiben. Warum? Weil ich die Verhältnisse hier unerträglich finde, weil ich manchmal ganz schön großen Hass schiebe und weil mir gar nicht so selten die "große" Politik dann scheißegal ist. Lieber 1000 Fehler in der Verweigerung, als keine Fehler in der Ödnis der Risikolosigkeit. Lieber einmal zuwenig geredet, als nur noch. Lieber leben als Überleben.
Ich hab das Gefühl heute ist in der Szene alles OK. Es muß nur analytisch genug daherkommen. Wenn "Beruf Neonazi" gekuckt, mit Steg gekuschelt und die Arranca als Ausgangspunkt für eine Diskussion gesehen wird, dann hat das mit den oben beschriebenen Veränderungen in der Szene zu tun. Wie anders als "rollback" sollte es bezeichnet werden, wenn sexuelle Gewalt, Rassismus und eigene Etablierung als Tabubruch daherkommen. Droste als Vorkämpfer der Neuen Linken in Arranca, Taz und JW. Die Tanz- oder Sportgruppe als Revolutionsersatz und Kommerzparties als kultureller Umverteilungsprozeß der herrschenden Ideale.
Schluß damit. Die Arranca-Sondernummer ist scheiße, weil sie keinen Deut an der kritischen Betrachtung der Realität ansetzt. Eine Diskussion ist nicht gut, weil sie geführt wird, sondern deshalb, wie sie geführt wird. Die Arranca führt sie als Tabubruch. Wenn dazu alle gleich "Hurra" schreien, wundert mich das. Es gibt viele positive Ansätze für eine solche Diskussion. Der Ansatz, den Feministinnen und der "lustfeindlichen" Autonomen-Szene eins reinzuwürgen, ist der schlechteste.
Es mag sich in der Szene wirklich viel verändert haben. Und in der gesamten restlichen Welt auch. Unsere Theorie und Praxis von gestern kann nicht mehr die von heute sein. Aber die Neu-Beschwörung der herrschenden Verhältnisse schafft keine Veränderung. Eine linke Diskussion, die hinter dem (dagegen fortschrittlichen) "Brigitte"-Diskurs anfängt, ist kein befreiender, sondern ein Rück-Schritt.
Dagegen kann sich bei der kritischen Weiterentwicklung autonomer Ansätze weiterhin soetwas wie eine radikale, an der Praxis orientierte Bewegung entwickeln. Es hat sich eben wirklich viel geändert. Die Szene genauso wie die Verhältnisse. Die "Kritik an den Autonomen" ist im Prinzip genauso veraltet wie die "Autonomen der 80er". Es geht darum, aus der jetzigen autonomen Bewegung eine wütende Praxis zu entwickeln. Da ist vieles neu und ungewohnt, manches ungeklärt und wieder anderes schwarzrot wie in den achtzigern. Es gibt eine Wahrheit im Falschen. Es bleibt nichts wie es ist. Und welcheR die Augen nicht täglich neu aufmacht, sieht irgendwann vor lauter larifari und Strategiepapieren den Widerstand nicht mehr. Welche eine Villa haben, schaffen sie eben nicht ab.

Für die Aneignung des Lebens im Falschen
Radikal ist mehr als ein Abo
Häuserbesetzen mehr als abgefahrenes Ambiente

Und als die Sonne wieder durch das bewölkte Dach am Himmel schien, erschien es vielen so als habe sich nichts geändert. Und sie sahen nicht die Veränderung, die sich mit jedem Atemzug, jeder Bewegung und jedem Strahl der neugewonnenen Sonne vollzog. Die Farben waren andere, als die, die da von früher beschrieben wurden und doch begannen immer mehr wegzusehen und sich in die gewohnte Dunkelheit der Höhlen zurückzuziehen. Sie waren viele und sie fühlten sich wohl in ihrer selbstgewählten Dunkelheit. Und die draußen, konnten trotz all der Farben vor Unsicherheit ihren Blick nicht abwenden von der Dunkelheit der Höhlen, in der so viele selbstzufrieden saßen.
Als die Sonne verschwand, waren alle ein wenig froh.

CANARDO



Sprengel und die Chaostage

Vom 2. bis 4. 8. sind in Hannover wieder Chaostage angesagt. Im letzten Jahr stellte das Sprengel einen wichtigen Anlaufpunkt für die BesucherInnen dar (sowohl zum Ausruhen als auch für Erste-Hilfe-Vesorgung). Nachdem die von jeher angespannte Situation unter den HausbewohnerInnen Anfang des Jahres eskalierte und im Laufe der Auseinandersetzung einige Punks auf die Straße gesetzt wurden, die ihrerseits das Haus angriffen, fürchten die jetzigen BewohnerInnen im Sprengel während der bevorstehenden Chaostage erneute Angrife auf ihr Haus. Hinzu kommt eine grundsätzliche Kritik an einigen Aktionen vom letzten Jahr, die unter anderem vom unreflektierten Gewaltpotential einiger TeilnehmerInnen geprägt waren. Deswegen hat sich das Sprengel-Plenum entschlossen, in diesem Jahr nur Pennplätze für Leute zur Verfügung zu stellen, die sie kennen oder - unter anderem zum Schutz für ihr Haus - einlädt. "Obwohl wir letztes Jahr überwiegend gute Erfahrungen mit ChaostagebesucherInnen bei uns machten, bitten wir um Verständnis für unsere Entscheidung. Wir können bei vielen Punks nicht wissen, mit welchen Absichten sie zu uns kommen, da schon in einigen Städten gegen Sprengel mobilisiert wurde. Wir werden es natürlich nicht zulassen, daß Leute bei uns auf dem Hof zusammengekloppt werden, weil sie vor verschlosenen Türen stehen."

(gekürzt aus einem Flugblatt des Sprengel-Plenums)

Den folgenden Text haben wir aus der Zeitschrift »Das Argument«, Heft 1 Januar/Februar 96 geklaut. Es enthält neben dem abgedruckten weitere interessante Beiträge zum Thema PC. Erhältlich ist die Zeitschrift in jeder gut sortierten Buchhandlung

PC-Diskurs und neuer Antifeminismus in der Bundesrepublik

von Karsta Frank

PC ... ist eine Sache von Minderheiten, in den Vereinigten Staaten also vor allem eine Angelegenheit der Schwarzen und anderer ethnischer Gruppen. Aber Deutschland ist kein Vielvölkerstaat, zumindest noch nicht, und deshalb wurde political correctness. seitdem sie auch bei uns in Mode gekommen ist, zum Reservat der Frauen.
Konrad Adam in der FAZ vom 22.11.1995

Seit Anfang der neunziger Jahre findet die Bezeichnung »political correctness« im deutschen Sprachraum zunehmend Verbreitung. Vor allem aus den politischen Debatten über Frauen, Minderheiten und Trikont-Themen ist dieses Schlagwort kaum mehr wegzudenken. Gleichzeitig wird in den politischen Tages- und Wochenzeitungen ausführlich über das Phänomen der »political correctness« berichtet. Auch die Monographien zum Thema häufen sich neuerdings (vgl. Hughes 1994; Bonder 1995; Röhl 1995; Behrens/Rimscha 1995). Von einer publizistischen Debatte, in der KritikerInnen und BefürworterInnen ihre Argumente austauschen, kann trotzdem keine Rede sein. Tatsächlich unterscheiden sich die Beiträge zwar nach ihrem intellektuellen Niveau und der Differenziertheit ihrer Argumentation, aber Unterschiede in der politischen Bewertung der »PC« sind kaum auszumachen: Die ist durchgängig kritisch.
Diese Feststellung ist nicht besonders überraschend, da es in der Bundesrepublik auch keine nennenswerten politischen Gruppen oder Personen gibt, die sich das Etikett »pc« freiwillig anheften würden. Anders als für Bezeichnungen wie »links-alternativ« oder »feministisch«, die nach wie vor noch umkämpft sind, hat sich für »politisch korrekt« das Konzept des Stigmawortes unwidersprochen durchgesetzt. Es ist also das sonderbare Phänomen zu beobachten, daß die KritikerInnen der »political correctness« auf keinen Gegner stoßen, der sich als solcher zu erkennen gäbe, sondern sich ihren Gegner (»die PC«) gleichsam selbst erschaffen. Das Prinzip scheint darin zu bestehen, so scheußliche Zerrbilder zu zeichnen, daß sich niemand darin erkennen mag und folglich auch niemand dafür in die Bresche springt. Kaum mehr zu übersehen ist inzwischen allerdings, daß eins dieser Zerrbilder weibliche Züge trägt und »die Feministin« darstellt. Es soll gar nicht bestritten werden, daß der PC-Diskurs Fragen aufwirft, die von Feministinnen bearbeitet werden müssen (und die ohne jeden Rekurs auf »pc« zum Teil auch bereits seit Jahren bearbeitet *werden*): Dazu gehört etwa die Frage nach dem Sinn oder Unsinn von antisexistischen Sprachregelungen ebenso wie die, wem (wenn schon nicht den Frauen) Institutionen wie »Die Gleichstellungsbeauftragte« oder »Die Frauenministerin« eigentlich politischen Nutzen bringen. Davon abgesehen *ist* die »political correctness« in der Bundesrepublik jedoch vor allem das erfolgreiche Produkt eines medialen Diskurses. »Hatt einen Pappkameraden, einen bessern findst du nit ...« - so kommentierte Benedikt Erenz bereits 1993 dieWarnung seines Kollegen Dieter E. Zimmer vor einer »linken Tugenddiktatur«. Aus feministischer Sicht läßt sich über diesen »Pappkameraden« zwar nicht diskutieren, aber als eine Konstruktion ist er durchaus ernstzunehmen: Schon deshalb, weil der PC-Diskurs nicht nur antifeministisch ist, sondern weil er darüber hinaus, so die These, die in diesem Beitrag entwickelt werden soll, einen neuen Antifeminismus stützt, legitimiert und in gewisser Weise auch neu strukturiert.

Der PC-Diskurs in den USA

Der Ausdruck »politically correct«, ursprünglich eine selbstironische Phrase der leninistischen Linken in den USA, wurde im Verlauf der bildungspolitischen Debatte Ende der achtziger Jahre wiederentdeckt. In diesem neuen Kontext diente er der kritischen Etikettierung der an einigen US-amerikanischen Universitäten praktizierten Politik des Multikulturalismus. In den USA hatten sich seit Ende der sechziger Jahre weite Teile der Frauenbewegung, der Schwulen- und Lesbenbewegung sowie viele *African Americans* und Angehörige der verschiedenen ethnischen Minderheiten enttäuscht von der egalitären *civil-rights*-Bewegung abgewandt. Als Alternative setzten sich die *identity politics* durch, deren Vertreterinnen eher die Differenz und die Besonderheiten der je eigenen Kultur betonen, als auf die Integration in die Dominanzkultur abzuzielen. Aus den Schwierigkeiten, diese eigene Kultur im angeblichen *melting pot* USA noch zu definieren und sie im öffentlichen Raum (Presse, Theater, Museen, Universitäten) sichtbar zu machen, erwuchs die Kritik an der überwältigenden Dominanz der weißen Kultur, der Kultur der *Dead White European Males* (vgl. z.B. Berman 1992; Diederichsen 1992; Rosenberger 1993; Scheit 1994; Ostendorf 1992). Diese Kritik führte an einigen Universitäten und Colleges zu Konsequenzen. Eine davon war die sogenannte *affirmative action*, also die Einrichtung von Programmen zur Erhöhung des Anteils der *African Americans* und anderer ethnischer Minderheiten an der Studentenschaft. An einigen geisteswissenschaftlichen Fakultäten wurden zudem die Lehrinhalte (insbesondere die verbindlichen Leselisten für die StudentInnen im Grundstudium) im Geiste des Multikulturalismus erweitert bzw. revidiert. Etliche Colleges und Universitäten verpflichteten die Studierenden, »racial awareness seminars« oder »sensitivity trainings« zu absolvieren. Damit wurde auf die Zunahme rassistischer und sexueller Übergriffe auf dem Campus reagiert (Ehrenreich 1992; 335). Eine weitere Reaktion waren die besonders heftig umstrittenen »speech codes«, die Stanford, die University of California und zahlreiche andere Universitäten erlassen haben. Unter Androhung universitärer Sanktionen verbieten es die »speech codes« den Studentinnen und Studenten, »fighting words« zu gebrauchen. Gemeint ist damit die abwertende Referenz auf »Rasse«, Geschlecht oder sexuelle Orientierung, aber auch auf Religion oder Behinderung einer Person (vgl. Fish 1992; Gutmann 1993; Hentoff 1992; Perry/Williams 1992).
Es versteht sich von selbst, daß eine solche Hochschulpolitik in den USA auf heftigen Widerstand stieß. KritikerInnen (nicht nur aus dem konservativen Lager) sahen das intellektuelle Erbe des Westens gefährdet und zeigten sich besorgt über den Verlust von Qualitätsstandards in der Literatur- und Kunstkritik. »Wenn die Zulus einen Tolstoi hervorbringen, werden wir ihn lesen« - so etwa lautet ein vielzitiertes. Saul Bellow zugeschriebenes Wort, das diese Position auf den Punkt bringt (zit. n. Taylor 1993, 33). Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand jedoch die angeblich auf dem Campus herrschende »Atmosphäre der Unterdrückung«, die an die McCarthy-Ära in den fünfziger Jahren erinnere, die Lehrfreiheit einschränke und Studierende und Lehrkräfte zwinge, ihre Rede zu kontrollieren und öffentlich anders zu sprechen als privat. Die Kritiker sahen dadurch die Redefreiheit verletzt, die das *First Amendment*, der erste Zusatz zur amerikanischen Verfassung, garantiert. Ähnlich wie später auch in der Bundesrepublik, hat sich die Bezeichnung »political correctness« in den USA als ein Stigmawort für das Programm des politischen Gegners durchgesetzt, obwohl es zunächst keine Gruppierung gab, die sich mit diesem Kürzel identifiziert hätte (Diederichsen 1992, 27). Daß schießlich die gesamte bildungspolitische Diskussion unter der Überschrift »political correctness« geführt wurde, sagt deshalb eigentlich schon alles über die darin herrschenden Kräfteverhältnisse.[1] Inzwischen sind in verschiedenen Bundesstaaten richterliche Urteile ergangen, mit denen Universitäten gezwun-

gen wurden, ihre *speech codes* zu revidieren oder zurückzuziehen sowie die *affirmative action* einzustellen (vgl. Kister 1992).

Der PC-Diskurs in der Bundesrepublik

In den deutschen mainstream-Medien tauchte die Bezeichnung »political correctness« zunächst nur in Zusammenhang mit der US-amerikanischen Diskussion auf. Eine Vorreiterrolle kam dabei dem FAZ-Korrespondenten Jörg von Uthmann zu, dessen einseitig diffamierende Berichterstattung die deutsche Diskussion in gewisser Weise vorstrukturiert haben dürfte. Eine erste Verknüpfung mit den bundesdeutschen Verhältnissen leistete dann im Herbst 1993 Dieter E. Zimmer in einem vielbeachteten Zeit-Artikel. Der Verfasser entwickelt darin die These, das Phänomen der »Political Correctness« existiere nicht nur in den USA, sondern sei auch in der Bundesrepublik »ein bestimmendes Element der öffentlichen Meinung«. »Die PC« beruhe auf einer Reihe unreftektierter Denkprämissen (z.B. »daß Männlichkeit und Weiblichkeit nicht Natur, sondern Kultur sind«), deren Diskussion sie tabuisiere. Wer als ein nachdenklicher Mensch diese Denkverbote (z.B. auch zu den Themen »Euthanasie« oder »Nation«) mißachte, werde von der »unbarmherzig dichotomischen PC« als »menschenverachtend«, »rechts« oder »faschistisch« stigmatisiert und gejagt: Gegenpositionen zur »PC-Meinung« seien nämlich nicht nur »falsch«, sondem auch »böse«.

Im Anschluß an den Artikel von Zimmer kam es zu einem Boom von Publikationen, die sich mit dem Thema »political correctness« auseinandersetzten. Mit dem Beitrag von Zimmer haben die meisten dieser Veröffentlichungen gemeinsam, daß sie die Bezeichnung »political correctness« zum Stigmawort machen: zu einem Kürzel, das den politischen Gegner diffamiert und als Feind der verbindlichen gesellschaftlichen Werte darstellt (vgl. Strauß u.a. 1989, 36). Entsprechend zielen viele dieser Texte nicht auf die Reflexionsfähigkeit der impliziten LeserIn ab, sondern setzen Stereotype voraus und bedienen sie. Statt zu argumentieren oder zumindest ihre Behauptungen zu belegen, stellen die AutorInnen eine pejorative Bedeutung von »political correctness« mit suggestiven Strategien her.[2] Dazu gehören u.a. Diffamierungen (»PC-Brigade«, »akademische Ajatollahs«, »Sprachpolizei« usw.) sowie der ausgiebige Gebrauch von Anspielungen und Metaphern, die den komplizierten Sachverhalt zu einer griffigen, Eindeutigkeit suggerierenden Erzählung verkürzen. Übrigens weisen die verwandten Metaphern und Anspielungen so gravierende Übereinstimmungen auf, daß schon daran der intertextuelle Zusammenhang der Beiträge aufweisbar wäre. Angespielt wird typischerweise auf das kommunistische Manifest (»Ein Gespenst geht um ...«), auf Orwells 1984 (»Newspeak«), auf Kafkas »Der Prozeß« (die anonym wirkende Behörde; gegen deren Anschuldigungen eine Verteidigung nicht möglich ist), auf den »Tugendterror« der Jakobiner nach der französischen Revolution und schließlich, ganz subtil, auch auf die stalinistischen Säuberungen. Denselben Horizont des Sinnverstehens eröffnet auch die typische Metaphorisierung von PC als Inquisition, die vor allem bei Dieter E. Zimmer ausbuchstabiert wird, aber auch z.B. in dem Spiegel-Titel *Hexenjagd auf dem Campus* an zentraler Stelle wiederkehrt.

Clemens Knobloch, einer der wenigen journalistischen PC-Kritiker, dem bei diesem Gegenstand nicht die Fähigkeit zu einer differenzienen Argumentation abhanden gekommen ist, hebt schließlich den Aspekt der Banalisierung in der gängigen Berichterstattungspraxis hervor:

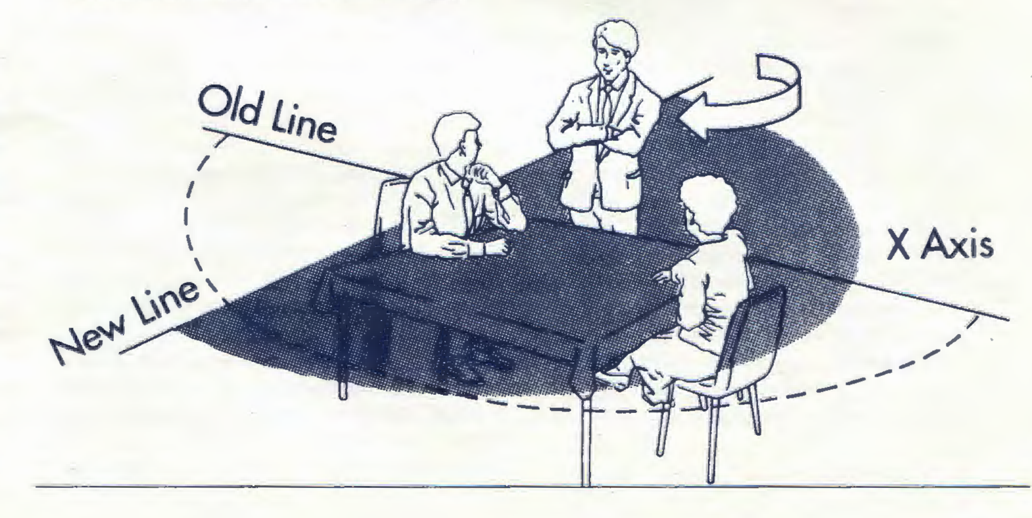
»Durch die Medien geistert das negative Etikett, verknüpft mit ein paar skurrilen Beispielen, die Distanz. Kopfschütteln und Spott auslösen. Wer wird schon Blinde 'anderssichtig' oder Zwerge 'vertikal beeinträchtigt' nennen wollen? Das klingt nach einer kabarettistischen Zuspitzung der Euphemismen, an die wir uns schon fast gewöhnt haben.« (Knobloch 1995)

Differenziertere Betrachtungen zum Thema »political correctness« stellen Ausnahmen dar (z.B. Bendkowski 1995; Detje 1994; Erenz 1993; Harpprecht 1995; Knobloch 1995), die hinsichtlich der Bedeutungsentwicklung wirkungslos blieben. Was sich generell durchgesetzt hat, ist das Konzept des Stigmawortes. Zu Prototypen der deutschen »PC«-Variante hochgeschrieben wurden zunächst die Aktionen bestimmter politischer Gruppen, die z.B. darauf abzielen, Veranstaltungen von »Sexisten«, »Rassisten« oder »Faschisten« zu stören oder, notfalls mit Buttersäure, zu verhindern. Prominente (bzw. dadurch erst prominent gewordene!) Opfer solcher Störungen waren in den letzten Jahren unter anderen Katharina Rutschky, die Kritik am feministischen Umgang mit dem Thema »sexueller Mißbrauch« geübt hatte, der linke Kabarettist Wiglaf Droste, der sich durch den sexistischen Charakter einiger seiner Beiträge desavouiert hatte, sowie John Bellicchi, ein Vertreter der antifeministischen »wild men«-Bewegung. Ganz abgesehen von Fragen der politischen Moral, ist die politische Idiotie von Aktionen, die es solchen Leuten erlauben, sich zu Märtyrern des aufrechten Ganges zu stilisieren, nur schwer zu übersehen. Für die Konstruktion von »political correctness« als einem innenpolitischen Stigmawort haben solche Aktionen jedoch eine immens wichtige Funktion (was auch die luxuriöse Berichterstattung darüber erklärt): Sie verströmen gleichsam ihren Hautgout auf die übrigen, an sich weniger anrüchigen Mitglieder der Kategorie, auf die der PC-Diskurs letztlich abzielt. Unter den Oberbegriff »Political Correctness« fallen z.B. die Kritik an dem Essay *Anschwellender Bocksgesang* von Botho Strauß, die Kritik an Steffen Heitmann (u.a. wegen seiner originellen Äußerungen über die Rolle von Frauen als Müttern), die mit dazu beitrug, ihn als Präsidentschaftskandidaten fü» die CDU untragbar zu machen, oder die Kritik an Charlotte Höhn, Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, die u.a. aufgrund ihrer Äußerungen über »rassisch bedingte« Intelligenzunterschiede von ihrem Amt suspendiert wurde. Vor allem die Fälle Höhn und Heitmann müssen zudem als Belege für die »Macht« herhalten, die »die PC«, vermittelt durch die »linken Meinungsführer« in den Medien, angeblich ausübt (vgl. z.B. Behrens/Rimscha 1995, 107ff; 118ff).

Auf die »Macht« der »political correctness« verweisen schließlich auch die Erfolge der feministischen Sprachkritik, das heißt insbesondere die (angebliche) Durchsetzung »geschlechtergerechter« Sprachverwendungen:

»Kein Politiker, der eine Versammlung noch mit 'Liebe Mitbürger' anreden könnte im Vertrauen auf die alte Übereinkunft, das damit alle anwesenden Personen gleich welchen Ge.schlechts gemeint seien ...; heute hat er, wenn er nicht als Sexist unwählbar sein will, 'Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger' zu sagen.« (Zimmer 1993; vgl. auch Adam 1995; Behrens/Rimscha 1995, 40ff; Stern 1994, 299ff)

Als die Subjekte »der PC« haben demnach Feministinnen und »die Linke« (was immer das zur Zeit sein mag) zu gelten. Dieter E. Zimmers diffuse Behauptung »political correctness« sei ein »bestimmendes Element der öffentlichen Meinung« mußte noch in diesem Sinne dechiffriert werden; in jüngeren Publikationen dagegen werden die »linken Meinungsführer« ganz direkt



Rechte die Etablierung des Stigmawortes »political correctness« als einen ersten großen Sieg feiern. In den entsprechenden Kontexten, z.B. in den Beiträgen des Sammelbandes *Die selbstbewußte Nation*, ist »political correctness« ganz unverhüllt ein Synonym für den politischen Gegner: Feministinnen, Linke und vor allem »die linken Meinungsführer« in den Medien.

Der neue Antifeminismus

Brigitta Huhnke hat in ihrer Dissertation zur politischen Berichterstattung über Frauenthemen zwischen 1980 und 1992 die bereits seit längerer Zeit vorliegenden US-amerikanischen Befunde für die Bundesrepublik bestätigt: Danach erfolgt die Ausgrenzung von Frauen in den Medien durch schlichte Nicht-Thematisierung sowie durch subtile Botschaften, »misogyne Diskursfetzen« (Huhnke 1995; 50), die an die Affekte der LeserIn appellieren. Argumentativ scheint der männliche Superioritätsanspruch im untersuchten Zeitraum dagegen kaum mehr vertreten zu werden; auch die offene Diskriminierung von Frauen ist in der politischen Berichterstattung der »seriösen« Presse eher selten (Huhnke 1994).

Mein subjektiver Eindruck ist, daß sich an diesem Punkt seit 1992 etwas geändert hat, und zwar zum (noch) Schlechteren. Die Berichterstattung über Frauen und über feministische Themen, deren Umfang sich bis 1992 zumindest in einigen Medien (Zeit und dpa) gegenüber 1980 deutlich erhöht hatte, scheint (u.a. zugunsten der Themen »Kinder« und »Familie«) quantitativ wieder stark zurückzugehen. Darüber hinaus häufen sich neuerdings die keineswegs mehr subtil, sondern vielmehr offen antifeministischen Beiträge. Huhnke wird für die Buchveröffentlichung ihrer Dissenation noch die Berichterstattung der Jahre 1993 bis 1995 aufarbeiten, so daß sich herausstellen wird, inwieweit diese Vermutung zutrifft.

Was hat das mit dem PC-Diskurs zu tun? Grundsätzlich gilt natürlich, daß die Stigmatisierung bestimmter Positionen als »politisch korrekt« indirekt gleichzeitig die Gegenpositionen legitimiert. Zudem bewirkt die Unterstellung, die PC-Positionen repräsentierten den Zeitgeist und seien bestimmend für die öffentliche Meinung, daß die Gegenpositionen plötzlich chic werden: Es kann wieder ganz unbefangen von der »Zähigkeit afrikanischer Untugenden wie Nepotismus und Kleptomanie« gesprochen werden, oder, als wäre das eine Offenbarung, festgestellt werden, »daß die Selbstverwirklichung von Frauen auf Kosten der Kinder geht« (Behrens und Rimscha 1995, 140, 110). Solche Positionen erscheinen dann nicht mehr als Ausdruck dumpfester Ressentiments, wie sie in jedem Boulevardblatt und in jeder Kneipe zu finden sind, sondern als unterdrückte Wahrheiten, die auszusprechen ein Akt der Zivilcourage und Ausdruck eines unabhängigen Geistes ist. Der strukturelle Zusammenhang zwischen PC-Diskurs und neuem Antifeminismus wird besonders deutlich in dem Sammelband *Die selbstbewußte Nation*, der - wie Thomas E. Schmidt in der Frankfurter Rundschau schrieb - die intellektuelle Rechte in Deutschland gleichsam im Augenblick ihrer Selbsterschaffung zeigt. Im Rahmen einer (teilweise durchaus hellsichtigen) Analyse erklärt deren Vordenker Rainer Zitelmann dort den Feminismus zu einem neuen Hauptgegner der Rechten:

»Der Marxismus hat kaum noch Attraktivität, aber im Feminismus ist eine neue Ideologie mit dem utopischen Anspruch auf Schaffung eines 'neuen Menschen' entstanden. Es wäre falsch, im Feminismus eine nur auf Frauen beschränkte Ideologie zu sehen. (...) Die Argumentationsmodelle



ähneln sich, und es ist kein Zufall, daß viele Vertreter und Vertreterinnen des radikalen Feminismus noch vor wenigen Jahren überzeugte Marxisten waren. Die demokratische Rechte wird sich in Zukunft viel intensiver mit dem Phänomen des Feminismus auseinandersetzen müssen als sie dies bislang getan hat. Es wäre verhängnisvoll, wenn sie sich auf die Kritik des Marxismus und Kommunismus konzentrieren würde, während die Linke dabei ist, neue 'ismen', nämlich den Multikulturalismus und den Feminismus, herauszubilden und umfassend zu propagieren. (...) Solange die Rechte diese Entwicklungen jedoch nicht in ihrer wirklichen Bedeutung wahrnimmt, wird sie sie unterschätzen und über die Themen von gestern streiten, während sich neue Ideologien und Netzwerke herausbilden.« (Zitelmann 1994, 178ff)

Einen Vorgeschmack davon, wie diese »intensive Auseinandersetzung« aussehen wird, bietet der Beitrag von Felix Stern im selben Band: *Feminismus und Apartheid. Über den Krieg der Geschlechter*. Im Prinzip läßt er sich auf eine einzige Behauptung reduzieren, die variationsreich wiederholt wird: Der Feminismus ziele erfolgreich auf die Separierung von Frauen und Männern ab. Die Argumentation des Verfassers ist dabei so aufgebaut, daß er die entsprechenden radikalfeministischen Positionen der siebziger Jahre (Firestone usw.) umstandslos zu dem Feminismus erklärt, dessen Ziele nunmehr durch die institutionalisierte Gleichstellungspolitik umgesetzt würden. Der Separierung der Geschlechter dienen seiner Auffassung nach unter anderem die Initiierung und staatliche Förderung von Wohnprojekten für Frauen, das Vordringen einer »Frauensprache« auch in Behörden und im Sozialbereich, »in der Männer nicht einmal mehr mitgemeint sein sollen« (299), die »Masche mit dem sexuellen Mißbrauch«, die das Klima »bis in die Familien hinein« so vergifte, daß »die Abschaffung der Traditionsfamilie wieder ein Stückchen näher (rückt)« (298), sowie schließlich die Gesetzesinitiativen im Zusammenhang mit dem Thema »Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz«:

»Nun haben sie's erreicht, den kleinen Flirt, die Anmache im Büro unter Strafe zu stellen, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen, wo es einst auch die Ohrfeige zur rechten Zeit tat oder man im Rahmen von Betriebsratsaufgaben hätte Lösungen finden können. Nein, Täter müssen kriminalisiert werden, nur das hilft, das Image vom 'bösen Mann' aufrechtzuerhalten. Damit hat die Heteroliebe am Schreibtisch kaum noch aussichtsreiche Chancen, wäre doch für jeden die Gefahr zu groß, bei Sympathiekundgebungen mißverstanden oder gar als Arbeitskollege oder lästiger Konkurrent mit der Schmollmund-, Blusen- oder Honigschoßfalle beruflich kaltgestellt zu werden. Fürwahr eine feministische Meisterleistung, wo doch schon längst die Verwaltungen der großen Dienstleister wie Banken, Versicherungen und Behörden zum anerkannt größten und notwendigen Heiratsmarkt für den ohnehin bezugsarmen Menschen geworden sind. Liebe im Büro verletzt nämlich nicht nur, sondem kann auch beflügeln. US-Studien haben hier Erstaunliches herausgefunden - warum dies den Menschen nicht selbst überlassen, sondern ideologisch verbieten, womit man selbst vielleicht nicht klar kommt.« (297)

Die in diesem Abschnitt (und nicht nur dort!) praktizierten Strategien sind aus dem Anti-PC-Diskurs sattsam bekannt. Ebenso wie z.B. in der Spiegel-Berichterstattung über »sexual correctness« an US-amerikanischen Universitäten (Matussek 1994/95) oder wie in dem deutschen Bestseller *Der Campus* von Dietrich Schwanitz gehören dazu Ironisierung, Banalisierung und Umdeutung (aus »sexueller Belästigung« werden »Sympathiekundgebungen«, »Flirt« oder gar »Liebe«), die Umkehrung des Opfer-Täter-Verhältnisses (in der Rolle des Opfers erscheinen ausnahmslos die der Belästigung bezichtigten Männer) sowie die Diffamierung der feministischen Aktivistinnen als verklemmt, prüde und beziehungsunfähig. Originell ist allerdings die argumentative Volte, mit der Stern das Thema »sexuelle Belästigunbg mit seinem zentralen Kritikpunkt in Verbindung bringt: Wenn der »Flirt im Büro« nicht mehr möglich ist, dann bricht der »Heiratsmarkt« zusammen, und das wiederum ist, so die implizite Schlußfolgerung, ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu der von Feministinnen angestrebten Separierung der Geschlechter. Das Schlüsselwort für diesen Text ist »Apartheid«.

Rechte die Etablierung des Stigmawortes »political correctness« als einen ersten großen Sieg feiern. In den entsprechenden Kontexten, z.B. in den Beiträgen des Sammelbandes *Die selbstbewußte Nation*, ist »political correctness« ganz unverhüllt ein Synonym für den politischen Gegner: Feministinnen, Linke und vor allem »die linken Meinungsführer« in den Medien.

Der neue Antifeminismus

Brigitta Huhnke hat in ihrer Dissertation zur politischen Berichterstattung über Frauenthemen zwischen 1980 und 1992 die bereits seit längerer Zeit vorliegenden US-amerikanischen Befunde für die Bundesrepublik bestätigt: Danach erfolgt die Ausgrenzung von Frauen in den Medien durch schlichte Nicht-Thematisierung sowie durch subtile Botschaften, »misogyne Diskursfetzen« (Huhnke 1995; 50), die an die Affekte der LeserIn appellieren. Argumentativ scheint der männliche Superioritätsanspruch im untersuchten Zeitraum dagegen kaum mehr vertreten zu werden; auch die offene Diskriminierung von Frauen ist in der politischen Berichterstattung der »seriösen« Presse eher selten (Huhnke 1994).

Mein subjektiver Eindruck ist, daß sich an diesem Punkt seit 1992 etwas geändert hat, und zwar zum (noch) Schlechteren. Die Berichterstattung über Frauen und über feministische Themen, deren Umfang sich bis 1992 zumindest in einigen Medien (Zeit und dpa) gegenüber 1980 deutlich erhöht hatte, scheint (u.a. zugunsten der Themen »Kinder« und »Familie«) quantitativ wieder stark zurückzugehen. Darüber hinaus häufen sich neuerdings die keineswegs mehr subtil, sondern vielmehr offen antifeministischen Beiträge. Huhnke wird für die Buchveröffentlichung ihrer Dissertation noch die Berichterstattung der Jahre 1993 bis 1995 aufarbeiten, so daß sich herausstellen wird, inwieweit diese Vermutung zutrifft.

Was hat das mit dem PC-Diskurs zu tun? Grundsätzlich gilt natürlich, daß die Stigmatisierung bestimmter Positionen als »politisch korrekt« indirekt gleichzeitig die Gegenpositionen legitimiert. Zudem bewirkt die Unterstellung, die PC-Positionen repräsentierten den Zeitgeist und seien bestimmend für die öffentliche Meinung, daß die Gegenpositionen plötzlich chic werden: Es kann wieder ganz unbefangen von der »Zähigkeit afrikanischer Untugenden wie Nepotismus und Kleptomanie« gesprochen werden, oder, als wäre das eine Offenbarung, festgestellt werden, »daß die Selbstverwirklichung von Frauen auf Kosten der Kinder geht« (Behrens und Rimscha 1995, 140, 110). Solche Positionen erscheinen dann nicht mehr als Ausdruck dumpfester Ressentiments, wie sie in jedem Boulevardblatt und in jeder Kneipe zu finden sind, sondern als unterdrückte Wahrheiten, die auszusprechen ein Akt der Zivilcourage und Ausdruck eines unabhängigen Geistes ist. Der strukturelle Zusammenhang zwischen PC-Diskurs und neuem Antifeminismus wird besonders deutlich in dem Sammelband *Die selbstbewußte Nation*, der - wie Thomas E. Schmidt in der Frankfurter Rundschau schrieb - die intellektuelle Rechte in Deutschland gleichsam im Augenblick ihrer Selbsterschaffung zeigt. Im Rahmen einer (teilweise durchaus hellsichtigen) Analyse erklärt deren Vordenker Rainer Zitelmann dort den Feminismus zu einem neuen Hauptgegner der Rechten:

»Der Marxismus hat kaum noch Attraktivität, aber im Feminismus ist eine neue Ideologie mit dem utopischen Anspruch auf Schaffung eines 'neuen Menschen' entstanden. Es wäre falsch, im Feminismus eine nur auf Frauen beschränkte Ideologie zu sehen. (...) Die Argumentationsmodelle



ähneln sich, und es ist kein Zufall, daß viele Vertreter und Vertreterinnen des radikalen Feminismus noch vor wenigen Jahren überzeugte Marxisten waren. Die demokratische Rechte wird sich in Zukunft viel intensiver mit dem Phänomen des Feminismus auseinandersetzen müssen als sie dies bislang getan hat. Es wäre verhängnisvoll, wenn sie sich auf die Kritik des Marxismus und Kommunismus konzentrieren würde, während die Linke dabei ist, neue 'ismen', nämlich den Multikulturalismus und den Feminismus, herauszubilden und umfassend zu propagieren. (...) Solange die Rechte diese Entwicklungen jedoch nicht in ihrer wirklichen Bedeutung wahrnimmt, wird sie sie unterschätzen und über die Themen von gestern streiten, während sich neue Ideologien und Netzwerke herausbilden.« (Zitelmann 1994, 178ff)

Einen Vorgeschmack davon, wie diese »intensive Auseinandersetzung« aussehen wird, bietet der Beitrag von Felix Stern im selben Band: *Feminismus und Apartheid. Über den Krieg der Geschlechter*. Im Prinzip läßt er sich auf eine einzige Behauptung reduzieren, die variationsreich wiederholt wird: Der Feminismus ziele erfolgreich auf die Separierung von Frauen und Männern ab. Die Argumentation des Verfassers ist dabei so aufgebaut, daß er die entsprechenden radikalfeministischen Positionen der siebziger Jahre (Firestone usw.) umstandslos zu dem Feminismus erklärt, dessen Ziele nunmehr durch die institutionalisierte Gleichstellungspolitik umgesetzt würden. Der Separierung der Geschlechter dienen seiner Auffassung nach unter anderem die Initiierung und staatliche Förderung von Wohnprojekten für Frauen, das Vordringen einer »Frauensprache« auch in Behörden und im Sozialbereich, »in der Männer nicht einmal mehr mitgemeint sein sollen« (299), die »Masche mit dem sexuellen Mißbrauch«, die das Klima »bis in die Familien hinein« so vergifte, daß »die Abschaffung der Traditionsfamilie wieder ein Stückchen näher (rückt)« (298), sowie schließlich die Gesetzesinitiativen im Zusammenhang mit dem Thema »Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz«:

»Nun haben sie's erreicht, den kleinen Flirt, die Anmache im Büro unter Strafe zu stellen, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen, wo es einst auch die Ohrfeige zur rechten Zeit tat oder man im Rahmen von Betriebsratsaufgaben hätte Lösungen finden können. Nein, Täter müssen kriminalisiert werden, nur das hilft, das Image vom 'bösen Mann' aufrechtzuerhalten. Damit hat die Heteroliebe am Schreibtisch kaum noch aussichtsreiche Chancen, wäre doch für jeden die Gefahr zu groß, bei Sympathiekundgebungen mißverstanden oder gar als Arbeitskollege oder lästiger Konkurrent mit der Schmollmund-, Blusen- oder Honigschoßfalle beruflich kaltgestellt zu werden. Fürwahr eine feministische Meisterleistung, wo doch schon längst die Verwaltungen der großen Dienstleister wie Banken, Versicherungen und Behörden zum anerkannt größten und notwendigen Heiratsmarkt für den ohnehin bezugsarmen Menschen geworden sind. Liebe im Büro verletzt nämlich nicht nur, sondern kann auch beflügeln. US-Studien haben hier Erstaunliches herausgefunden - warum dies den Menschen nicht selbst überlassen, sondern ideologisch verbieten, womit man selbst vielleicht nicht klar kommt.« (297)

Die in diesem Abschnitt (und nicht nur dort!) praktizierten Strategien sind aus dem Anti-PC-Diskurs sattsam bekannt. Ebenso wie z.B. in der Spiegel-Berichterstattung über »sexual correctness« an US-amerikanischen Universitäten (Matussek 1994/95) oder wie in dem deutschen Bestseller *Der Campus* von Dietrich Schwanitz gehören dazu Ironisierung, Banalisierung und Umdeutung (aus »sexueller Belästigung« werden »Sympathiekundgebungen«, »Flirt« oder gar »Liebe«), die Umkehrung des Opfer-Täter-Verhältnisses (in der Rolle des Opfers erscheinen ausnahmslos die der Belästigung bezichtigten Männer) sowie die Diffamierung der feministischen Aktivistinnen als verklemmt, prüde und beziehungsunfähig. Originell ist allerdings die argumentative Volte, mit der Stern das Thema »sexuelle Belästigunbg mit seinem zentralen Kritikpunkt in Verbindung bringt: Wenn der »Flirt im Büro« nicht mehr möglich ist, dann bricht der »Heiratsmarkt« zusammen, und das wiederum ist, so die implizite Schlußfolgerung, ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu der von Feministinnen angestrebten Separierung der Geschlechter. Das Schlüsselwort für diesen Text ist »Apartheid«.

Daran, also »an die frühere Apartheid in Südafrika« (304), fühlt sich der Autor erinnert, wo Feministinnen den »Ausschluß« und die »Diffamierung« der Männer als einen »meist gar nicht mehr als Sexismus empfundenen Geschlechter-Rassismus« (294) praktizierten.
Ebenso wie die verwandten Schlagwörter »Tribalisierung« und »Balkanisierung« ist auch »Apartheid« direkt dem PC-Diskurs entnommen (vgl. z.B. Behrens/Rimscha 1995, 160ff; Dickwanst 1994) und richtet sich dort gegen die Forderung nach kompensatorischen Rechten zum Schutz und zur besonderen Förderung strukturell benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Der »Fragmentierung« der Gesellschaft entlang von Kriterien wie Alter, Ethnie, sexueller Orientierung usw. wird dabei das Prinzip der »Gleichheit«, die kontrafaktisch immer schon als gegeben unterstellt wird, als die conditio sine qua non des demokratischen Gemeinwesens gegenübergestellt: Universalismus und Partikularismus erscheinen als antagonistisch. Anders als in den USA, wo diese Kritik sich vor allem gegen *identity-politics* und *affirmative action* richtet, sind damit in der Bundesrepublik insbesondere feministische Forderungen, z.B. nach Quotierung, angesprochen. Mit der Metapher »Feminismus als Apartheid« entfaltet Stern ein »Denkbild«, das auf der Interaktion der Systeme von Stereotypen beruht, die mit den Wörtern »Feminismus« und »Apartheid« assoziiert werden und die beim Metapherngebrauch angesprochen sind. Auf diese Weise entsteht eine neue Vorstellung, die einiges ausblendet und anderes akzentuiert. Ausgeblendet werden die politischen Motive, Ziele und machtpolitischen Möglichkeiten des Feminismus als einer Emanzipationsbewegung einerseits und der südafrikanischen Apartheidspolitik als der Grundlage eines totalitären Regimes andererseits. Akzentuiert wird dagegen die beiden angeblich gemeinsame Politik der Separierung von Menschen aufgrund biologischer (»rassistischer«) Kriterien sowie der Aspekt der »rassistischen« Diffamierung der einen Gruppe (Männer/Schwarze) durch die andere (Frauen/Weiße). Damit wird die soziale Bewertung von »Apartheid« (und »Rassismus«), deren Verurteilung in der Bundesrepublik common sense ist, versuchsweise auf »Feminismus« übertragen. Das Denkbild »Feminismus als Apartheid« ist bei Stern nun keineswegs nur eine isolierte Metapher, sondern vielmehr das Strukturprinzip, das seine Sichtweise von »Feminismus« - und damit den Text - organisiert. Das heißt: Er blendet gerade die unabweisbaren politischen Begründungen feministischer Forderungen (wie die zu geringe Teilhabe von Frauen an der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Macht in dieser Gesellschaft vollständig aus: Da sie kaum zu bestreiten sind, bleiben sie, darin der Logik des Denkbildes »Feminismus als Apartheid« folgend, unthematisiert. Derselben Logik folgend, rückt der Aspekt der Separierung in den Mittelpunkt, obwohl er ganz offensichtlich konträr zu einer auf die Integration von Frauen abzielenden institutionellen Gleichstellungspolitik steht. Ihrer politisch»n Begründung beraubt, kann eine feministische »Separierungs«-Politik nur noch »rassistisch« erscheinen.

Um die von ihm beschriebene Politik zu bewerten, greift der Verfasser interessanterweise fast ausschließlich auf linke und feministische Stigmawörter zurück, die er in seinem Sinne umdeutet. Solche Umdeutungsversuche sind m.E. höchst erfolgversprechend, da von feministischer Seite nie so recht vermittelt werden konnte, daß »Sexismus« nicht nur die Diskriminierung einer Person aufgrund ihres Geschlechts bedeutet, sondern (ebenso wie Rassismus) vor allem eine gesellschaftliche Strukturkategorie bezeichnet. So sieht sich Stern durch die »voreilige Gründung sogenannter Frauenministerien ..., ohne die Männer im Behördennamen mitzunennen« zu der Frage veranlaßt: »Kann eine Gleichstellungspolitik noch sexistischer verkauft werden? Oder ist sie gar so gemeint, wie sie sich darstellt?« (293) Die implizite Voraussetzung solcher Äußerungen ist die, daß eine »nichtsexistische« Gleichstellungspolitik nicht nur die Gleichstellung der Frau mit dem Mann, sondem umgekehrt auch die Gleichstellung des Mannes mit der Frau verfolgen müßte. Gegenüber dem jeweils anderen Geschlecht wird also eine Benachteiligung der Männer als Gruppe pri»zipiell für gleichermaßen möglich gehalten wie eine Benachteiligung der Frauen als Gruppe. Andererseits behauptet Stern



zwar nicht direkt, die Rede von der gesellschaftlichen Diskriminierung der Frauen sei ein feministisches Märchen, aber in dem gesamten Beitrag wird nicht eine einzige feministische Forderung als berechtigt anerkannt oder zugestanden, daß Frauen in diesem oder jenem Punkt tatsächlich diskriminiert werden. Feministische Forderungen bzw. Analysen legitimieren sich durch die entsprechenden Ergebnisse feministischer Forschungen. Und hier liegt folgerichtig auch Sterns wichtigstes Angriffsziel: Feministische Forschung sei zumeist »unwissenschaftliche«, »abenteuerliche« »Betroffenheitswissenschaft« bzw. »Tendenzforschung«, »um das 'Feindbild Mann' aufrechtzuerhalten und den finanziellen Forderungen zur Schaffung von Frauenschutzzonen ... mehr Nachdruck zu verleihen.« (295) Die implizite Schlußfolgerung liegt auf der Hand: Wenn feministische Forschung unwissenschaftlich ist, dann sind ihre Ergebnisse falsch und dürfen ignoriert werden. Was dann übrig bleibt, ist vor allem die »rassistische« Benachteiligung, Diffamierung und Verfolgung des Mannes. In eine »nicht-sexistische« Gleichstellungspolitik umgesetzt, verschafft das Männern, wie Catharine A. MacKinnon für die USA gezeigt hat, noch die wenigen Vergünstigungen, die Frauen historisch besaßen: »Im Rahmen der Geschlechtsneutralität sind das Sorgerecht und das Scheidungsrecht nochmals bewegt worden und haben Männern das gegeben, was eine gleiche Chance auf Erhalt des Sorgerechts für Kinder und des Unterhalts genannt wird. Männer sehen im Rahmen geschlechtsneutraler Regelungen oft wie die besseren Eltern aus, weil Männer mehr verdienen und (wie es genannt wird) weil sie den Aufbau von familiären Einheiten initiieren. (...) Unter der Ägide der Geschlechtsneutralität wird Männern im Endeffekt eine Elternpräferenz gewährt, weil die Gesellschaft sie bereits bevorteilt, bevor sie vor Gericht erscheinen.« (MacKinnon 1994;46)
Eine ähnliche Tendenz ist auch in der Bundesrepublik zu beobachten, aktuell etwa bei der geplanten Etablierung eines »gemeinsamen Sorgerechts« für Kinder auch nach einer Scheidung als dem Normalfall. Faktisch stärkt das erheblich die Rechte des gelegentlichen Wochenendvaters (ohne ihm irgendwelche Pflichten aufzubürden); während es die Rechte der Vollzeitmutter beträchtlich beschneidet.
Der Beitrag von Felix Stern fällt (noch) aus dem Rahmen, weil er auf alle »frauenfreundlichen«, beschwichtigenden Floskeln verzichtet, an die sich auch konservative Publizisten und Politiker in den letzten 15 bis 20 Jahren gewöhnt haben. Tatsächlich ist er aber als Teil eines Diskurses anzusehen. der nicht nur das beschriebene Reformvorhaben legitimiert, sondern der zum Beispiel auch Männern den Zugang zum Beruf der Hebamme verschafft hat, die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen (mit)begründet und möglicherweise irgendwann auch zu einer Wehrpflicht für Frauen (bzw. zu einem Pendant dazu) führen wird. Insofern kann Sterns Argumentation keineswegs als eine »Rechtsaußen-Position« abgetan werden. Die beiden Schlüsselwörter »Sexismus« und »Apartheid« markieren bei Felix Stern die zwei Seiten der selben Medaille: Der Vorwurf, eine Gleichstellungspolitik »nur für Frauen« sei »sexistisch«, begründet den Verlust der wenigen Privilegien, die Frauen historisch zugewachsen sind, während die Analogie Feminismus = Apartheid darauf abzielt, Frauen die Chancen, die Männer immer schon hatten, wieder zu nehmen bzw. sie ihnen gar nicht erst zuzugestehen. Als ein antifeministisches Stigmawort (das z.B. mit Alexander von Stahl inzwischen auch in die institutionelle Politik eingezogen ist) wendet sich »Apartheid« dagegen, Frauen als eine gesellschaftlich diskriminierte Gruppe anzuerkennen, für die Chancengleichheit mittels kompensatorischer Maßnahmen erst herzustellen ist. Ironischerweise muß dabei gerade das Prinzip der Gleichheit herhalten, um die Perpetuierung von Ungleichheit zu begründen. Daß auch diese Position zunehmend

(wieder) an Boden gewinnt, haben im Oktober 1995 die Ablehnung eines »Frauenquorums« durch den Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe gezeigt sowie der Spruch des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg, Frauen dürften allein wegen ihres Geschlechts bei Ernennungen und Beförderungen nicht bevorzugt werden.

Anmerkungen

1 Einen guten Überblick über den Verlauf der Debatte und die wesentlichen Kritikpunkte gibt Paul Bermans Einleitung zu der Dokumentation »Debating P.C.«

2 Vgl z.B. »Dickwanst im Dunst« (1994). »Ein Lügengespinst« (1994) Hatzenbichler (1994), Das Streiflicht (1994), Faltin (1995), Adam (1995) sowie die Monographie von Behrens und Rimscha (1995). Ähnlich strukturiert war in den Jahren davor bereits die Berichterstattung über die Diskussion in den USA: z.B. Brinck (1991), Graaf (1992), Matussek (1993). Eine ausführliche linguistische Analyse einzelner Beiträge des Journalistischen PC-Diskurses lege ich (1996) vor.

3 Ausführlich dargelegt wird diese These, die generell die Wirklichkeitswahrnehmung der Rechten zu bestimmen scheint z.B. von Bubik 1994.

4 Vgl z.B. zur affirmativen Berichterstattungspraxis der »Elitemedien« über die »PC-Themen« Frauen, Flüchtlinge und AusländerInnen die kritischen Beiträge von Gerhard 1992; Huhnke 1993 und 1994 Pinn und Wehner 1992.

5 Diese Bedeutungsentwicklung läßt sich gut nachvollziehen anhand der (über die CD-ROM-Recherche leicht zugänglichen) Wortverwendungen in der taz, der ja eigentlich eine positive Grundeinstellung gegenüber den als »pc-typisch« geltenden Positionen unterstellt werden dürfte. Wenn »political correctness« selbst hier seit dem Frühjahr 1994 nahezu ausschließlich in einem negativen oder zumindest höchst ironischen Sinne verwandt wird, ist dies ein überzeugender Beleg darur, daß sich das Konzept des Stigmawortes im deutschen Sprachraum durchgesetzt hat.



Literaturverzeichnis

Adam, Konrad, 1995. »Sauberfrau«. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.11.

Behrens, Michael und Robert von Rimscha 1995: »Politische Korrektheit« in Deutschland. Eine Gefahr für die Demokratie. Bonn

Bendkowski, Halina, 1995: »Wie modern ist die Postmoderne?« In: die tageszeitung vom 25.10.

Bemman, Paul, 1992: Introduction: The Debate and its Origins. In: ders.: Debating PC. The Controversy over Political Correctness on College Campuses New York

Bonder, Michael, 1995: Ein Gespenst geht um die Welt - Political Comctness. Frankfurt/M

Brinck, Christine, 1991: »Multikultureller Joghurt«. In: Süddeutsche Zeitung vom 2./3.11.

Bubik, Roland, 1995: Herrschaft und Medien. Über den Kampf gegen die linke Meinungsdominanz. In: Heimo Schwilk und Ulrich Schacht (Hg.): Die selbstbewußte Nation. Frankfurt/M, Berlin

»Das Streiflicht«. In: Süddeutsche Zeitung vom 21.3.1994

Diedrichsen, Diedrich, 1992: »PC zwischen PoMO und MuCu«. In: Neue Rundschau 3, 23-39

Detje, Robin, 1994: »Ein Stalinist, wer da nicht lacht«. In: Die Zeit 13.5.

»Dickwanst im Dunst.« In: Der Spiegel vom 11.7.1994

Ehrenreich, Barbara, 1992: The Challenge for the Left. In: Paul Bemman (Hg.) a.a.O.

Erenz, Benedikt, 1993: »Die tausend Augen des Doktor P.C.«. In: Die Zeit vom 29.10.

Faltin, Cornel, 1995: »Der unerfüllte Traum von der Harmonie«. In: Hamburger Abendblatt vom 11./12.2.

Fish, Stanley, 1992: There's No Such Thing as Free Speech and it's a Good Thing, Too. In: Bemman a.a.O.

Frank, Karsta, 1996: Political Correctness: Ein Stigmawort. In: Josef Klein und Hajo Dieckmannshenke (Hg.): Wörter in der Politik. Opladen (i Dr.)

Gerhard, Ute, 1992: »Wenn Flüchtlingen und Einwanderer zu 'Asylantenfluten' werden - zum Anteil des Mediendiskurses an rassistischen Pogromen«. In: Der Diskurs des Rassismus. OBST 46, 163-178

Graaf, Vera, 1992: »Schöne neue Wörter«. In: Die Zeit vom 12.6.

Gutmann, Amy, 1993: Kommentar. In: Charles Taylor: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt/M

Harprecht, Klaus, 1995: »Die Torheit der Gesinnungswächter«. In: Die Zeit vom 27.1.

Hatzenbichler, Jürgen, 1994: »P.C. - Die neue Zensur«. Thule, Mailbox Widerstand, Nachricht 482. In: Nation und Europa, Deutsche Rundschau vom 22.7.

Hentoff, Nat, 1992: 'Speech Codes' on Campus and Problems of Free Speech. In: Paul Bemman (Hg.) a.a.O.

Hughes, Robert, 1994: Nachrichten aus dem Jammertal. Wie sich die Amerikaner in political correctness verstrickt haben. München

Huhnke, Brigitta, 1993: Intermediale Abhängigkeiten bei der Inszenierung rassistischer Feindbilder. In: Siegfried Jäger und Jürgen Link (Hg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg

dies., 1994: Frauenthemen in der politischen Berichterstattung der Printmedien - eine Fallstudie. Zur Berichterstattungspraxis der Deutschen Presse Agentur, der tageszeitung sowie der Wochenzeitungen Die Zeit und Der Spiegel von 1980-1992. Unveröffentlichte Dissertation. Hamburg (ersch. 1996)

Kister, Kurt, 1994: »Das Gespenst der verordneten Sensibilität«. In: Süddeutsche Zeitung, 2.5.

»Ein Lügengespinst«. Interview mit Hans Peter Duerr. In: Der Spiegel vom 11.7.1994

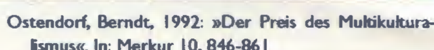
Knobloch, Clemens, 1995: »Opfer - nichts als Opfer«. In: Frankfurter Rundschau vom 17.6.

MacKinnon, Catharine A., 1994: Gleichheit der Geschlechter: Über Differenz und Dominanz. In: Ema Appelt und Gerda Neyer (Hg.): Feministische Politikwissenschaft. Wien

Matussek, Matthias, 1993: »Kunst als Schauprozeß«. In: Der Spiegel vom 12.4.

ders. 1995: »Sex ist Sünde«. In: Spiegel special, Nr. 5 (unter dem Titel »Hexenjagd auf dem Campus« auch in Der Spiegel 20. 1994)

Opp de Hipt, Manfred, 1987: Denkbilder in der Politik. Der Staat in der Sprache von SPD und CDU. Wiesbaden



Ostendorf, Berndt, 1992: »Der Preis des Multikulturalismus«. In: Merkur 10, 846-861

Perry, Richard, und Patricia Williams, 1992: Freedom of Hate Speech. In: Berman 1992 a.a.O.

Pinn, Irmgard, und Marlies Wehner, 1992: »Das Bild der Islamischen Frau in den westlichen Medien«. In: Der Diskurs des Rassismus. OBST 46,179-193

Rimscha, Robert von, 1994: »Der Siegeszug der unkorrekten Comics«. In: Der Tagesspiegel,

Röhl, Klaus Rainer, 1995: Deutsches Phrasenlexikon. Lehrbuch der Politischen Korrektheit für Anfänger und Fortgeschrittene. Berlin

Rosenberger, Sieglinde. 1993: »Politik, Geschlecht und Verschiedenheit. Frauenbewegung und feministische Forschung in den USA«. In: Feministische Studien 1, 118-125

Scheit, Gerhard, 1994: »YO!PoMo!« In: Konkret 7. 48-51

Schwanitz, Dietrich, 1995: Der Campus. Frankfurt/M

Schwilk, Heimo, und Ulrich Schacht (Hg.), 1995: Die selbstbewußte Nation. Berlin

Stem, Felix, 1995: Feminismus und Apartheid. Über den Krieg der Geschlechter. In: Schwilk/ Schacht, a.a.O.

Strauss, Gerhard, Ulrike Hass und Gisela Harras, 1989: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Berlin, New York

Taylor, Charles, 1993: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt/M

Uthmann, Jörg von, 1992: »Körper und Lehrkörper. Amerikas Universitäten streiten über 'political correctness'«. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.2.

Zimmer, Dieter E., 1993: »P.C. oder: Da hört die Gemütlichkeit auf«. In: Die Zeit vom 22.10.

Zitelmann, Rainer, 1995: Position und Begriff. Über eine neue demokratische Rechte. In: Schwilk/Schacht, a.a.O.

Hinter diesen Mauern

Mumia Abu-Jamal - Der lange Kampf um Freiheit

So der Titel des neuen Dokumentarfilms über das Leben von Mumia Abu-Jamal, der am **12. und 14. Juli um jeweils 20 Uhr 30 im B-Movie** in der Brigittenstr. 5 gezeigt wird.
Vor dem Film gibt es an beiden Tagen einen kurzen Bericht über den aktuellen Stand des Verfahrens.
Anhand von Interviews mit seiner Schwester und seinem Sohn, einem ehemaligen Radiokollegen Mumias als auch mit dem Staatsanwalt, der ihn 1982 angeklagt hat, und dem Chef der Bullengewerkschaft Philadelphias wird Mumia Abu-Jamals Geschichte nachgezeichnet.



L' europe des luttes (c/o Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46a, 20357 HH)

Diesmal liegt der Hauptschauplatz für "Europa im Kampf" in Berlin. Weil fast keinE von Euch auf dem ersten kontinentalen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus am 27.5 in Berlin war, scheint es angebracht hier ein paar Worte zu dem Ereignis zu sagen. Das Treffen wurde im Januar von den Zapatistas einberufen, teils als Vorbereitung auf das 'intergalaktische Treffen' in Chiapas am 27.7, und teils als Selbstzweck für die Entwicklung in Europa. Dass eine Gruppe aufständischer Indigenas in Sudmexiko uns hier in dem europäischen Metropol dazu auffordert, uns zu treffen, über unsere eigenen Probleme zu reden und auszutauschen ist schon etwas neues, und dreht die traditionelle Einbahnbeziehung der Solidarisierenden zu den "Objekten" der Solidarität, ob diese Betrachtungsweise nur eine verborgene sei oder nicht, vollständig um. Die teilweise mit Nichtverstehen oder Ablehnung empfangene Bemerkung eines Mitglieds der MLN (Nationale Befreiungsbewegung) auf einer Veranstaltung in der Flora, dass es in Mexico überlegt werde eine Soli-gruppe für das deutsche Volk zu bilden, weil es völlig entmündigt sei, versteht der Verfasser dieses Berichtes als Versuch auf etwas poetischer Art diese Diskrepanz in der Soli-bewegung aufzuleuchten.

Wie dem auch sei, wurde es aus den Grüssadressen der Zapatistas auf der Auftaktveranstaltung klar, dass sie dieses Treffen keineswegs als irgendeine Art Kongress betrachten, wo bahnbrechende Einsichten vorgelegt und neue Wege beschritten werden. Sie verstanden das Ereignis als "un encuentro", ein Zusammenkommen, wo sich verschiedene Leute aus den unterschiedlichsten Hintergründen kennenlernen und auf persönlicher Ebene austauschen. Sie forderten eine Politik ohne Ideologien, wobei die Unterschiede und Widersprüche zwischen Menschen, die unterschiedliche Entwicklungen gemacht haben, benannt werden und ein Klima geschaffen wird, in dem eine mögliche Auseinandersetzung stattfinden kann. In diesem Sinne lege ich hier ein paar persönliche Eindrücke vor.

Ein Grossteil der europäischen Länder wurde auf dem Treffen, mit seinen 1000 TeilnehmerInnen, vertreten. Aus Osteuropa waren jedoch verhältnismässig wenige dabei. Der Kern des Treffens bestand aus 47 Arbeitsgruppen die sich meistens über anderthalb Tage getroffen haben. Die Themenschwerpunkte reichten über ein Feld, das hier in Deutschland traditionsgemäss 'sozial' genannt wird, von "grossen" Fragen wie Lohndumping in Osteuropa, Migration und Rassismus zu spezifischen Fällen wie der Behinderung des Baus eines Staudammes in Baskenland. Es gab 5 Frauen/lesben Arbeitsgruppen mit etwa 40 Teilnehmerinnen.

in diesen vielen AGs wurde versucht dass Menschen aus so vielen Ländern Kommunizieren. Das hat unterschiedlich gut geklappt. In der Arbeitsgruppe in der ich mitgemacht habe, hat die Kommunikation sehr wohl geklappt. Da waren Menschen aus Frankreich, Belgien, Holland, England, USA, BRD, Ungarn, Griechenland und der irischen Republik anwesend die alle das Thema "weltweite Kommunikation" ansprechen wollten. Ich war tief beeindruckt von der Art wie die Diskussion verlaufen ist und Entscheidungen getroffen wurden. KeinE konnte die eigenen Inhalte auf Kosten der anderen durchsetzen, dennoch wurden die Bedürfnisse und Forderungen jedeR einzelnen berücksichtigt und in Beschlüsse mit aufgenommen. Es waren etwa 30 Menschen dabei, und die Diskussion zum Teil ziemlich hart. Eine bestimmte Offenheit und Bereitschaft sich auf andere einzulassen war besonders bemerkenswert und hat die Produktivität unserer AG weitgehend gefördert.

Das Gleiche lässt sich keinesfalls sagen für das 6-Stunden-lange Delegiertenplenum, das den Verlauf der abschliessenden Vollversammlung erarbeiten sollte. Es war vom Anfang an klar, dass Leute aus verschiedenen Ländern verschiedene Vorstellungen haben wie so eine Diskussion überhaupt zu führen ist. Auf der einen Seite standen diejenigen, die in einem Kreis sitzen wollten, auf der anderen diejenigen die eine gereihte Bahnformation für besser hielten, mit entsprechender Diskussionsleitung. Die letzteren haben sich durchgesetzt. Obwohl einstimmigkeit der Versammlung grösstenteils herrschte kam es trotzdem zu Streitigkeiten aus denen es sehr schwierig war herauszubrechen. Ein äusserst ätzendes Verhalten wurde von vielen Rednern aufgeführt, Mackerrhetorik wurde zu den unbedeutsamsten Fragen ausgeübt. Offensichtliche Persönlichkeitskonflikte und Vorurteile wurden ausgespielt. Trotzdem ist es zu Entscheidungen gekommen: keine Delegierten für das intergalaktische Treffen wurden auf dem Berliner Treffen gewählt, und die Arbeitsgruppen durften die Ergebnisse ihrer Diskussionen auf der Vollversammlung vortragen, oder zumindest die 28 aus 47, die das wollten oder konnten.



Warum ist die Frage der Kreise und Bahnen überhaupt zu erwähnen? Weil es um die grundsätzlichen Fragen einer demokratisch geführten Auseinandersetzung, die zu Entscheidungen nach einem Konsensprinzip führt. Wieso konnte ich in meiner Arbeitsgruppe eines erleben und auf dem Delegiertenplenum genau das Gegenteil? Ich glaube es hat etwas damit zu tun, dass diese Grundsatzfragen, die jeglichen Vertändnis und Praxis (und die zwei sind unzertrennlich) der Politik zugrundeliegen, in bestimmten Kreisen nicht mehr gestellt werden, dass es angenommen wird, dass die Antworten schon bekannt sind. Dies stelle ich fest z.B. in den jetzigen Floradiskussionen. Wir sind uns alle dessen bewusst, dass eine demokratische Diskussion einen grundsätzlichen Respekt vor den anderen TeilnehmerInnen erfordert, aber wie sieht das aus in der Praxis? Es kann nicht einfach eine Frage sein der Aufstellung bestimmter bürokratischen Versammlungsregelungen, sondern das Problem greift viel tiefer. Wie können wir Diskussionen gestalten wo Andersdenkende nicht mit Abschottung behandelt werden? Wie ist eine Diskussion, die anders als in der Dominanzgesellschaft laufen muss, überhaupt möglich, ohne dass gewisse Perspektiven vorhanden sind, deren

unsere Praxis selbst Ausdruck sein muss? Aber ich höre auf zu quatschen.

Abgesehen von diesen sechs Stunden am Samstag Abend war das Treffen ein ziemlicher Erfolg. Viele Menschen haben sich kennengelernt, und sind, wie fast jede Arbeitsgruppe berichtet hat, bereit Vernetzungsstrukturen in Gange zu setzen, die Europaweite Informationsaustausche und Koordinierung ermöglichen könnten. Es scheint, dass der Vorschlag der Zapatistas ganz gelegen gekommen ist, und entspricht den anfänglichen Versuchen, die in vielen Ländern schon unterwegs sind, europäische Vernetzungsstrukturen wiederherzustellen. Verschwiegen soll aber nicht werden, dass Schwierigkeiten und Widersprüche schon aufgetaucht sind. z.B. würde die Forderung der Frauen/Lesben, dass feministische Fragen in allen Arbeitsgruppen thematisiert werden, offensichtlich nicht erfüllt.

Jetzt konkreteres. Eine französische Gruppe plant ein Schiff nach Chiapas zu schicken. Sie wollen damit das Schweigen und die Isolation durchbrechen, die die Zapatistas umgeben. Es soll europaweit organisiert werden und jedes Land/jede Stadt soll etwas beitragen. Die Mobilisation soll so bunt wie möglich sein, inklusiv einer Mobilisation der Zivilgesellschaft. Geplante Begleitaktionen sind u.a. ein mobiles Labyrinth, , ein von allen jeweiligen TeilnehmerInnen zu gestaltendes Kunstwerk, das durch Europa fährt und vergrössert bzw. übernommen wird zu bestimmten Etappen der Fahrt. Alle "verrückten" Ideen sollen ihnen zugeschickt werden.

Die selbe Gruppe koordiniert eine europäweite Broschüre auf Englisch und Spanisch, die nach Chiapas im August genommen werden soll. Jedes Land schickt Beiträge mit Gedanken zum Begriff Solidarität und etwas zu der Problematik in dem eigenen Land. Einsendeschluss für die erste Ausgabe war 25.6, aber für eine 2. und 3. Ausgabe ist die Verantwortung schon übernommen worden.

Schreibt an! **Terres-à-Terres, 147 Rue d' Etretat, 76000 Le Havre, France. Tel/Fax 35 417029.**

Es wird geplant in nächster Zukunft ein Treffen in Frankreich abzuhalten für Gruppen die sich mit der Erleichterung der Vernetzung und des Informationsflusses innerhalb Europas beschäftigen.



SPANIEN

Seit dem 23.5 hat Spanien ein neues Strafgesetz. Die alte Gesetzgebung behandelte Hausbesetzung als Verstoss gegen Zivilrecht, die neue hat sie unter Kriminalrecht gestellt. Praktisch heisst es, dass die Eigentümer Polizei und Gerichtsvollzieher einsetzen können, sobald sie dem Gericht bewiesen haben, dass die Besetzung 'gegen ihren Willen' geschieht. Die Besetzung eines leerstehenden Gebäudes gegen den Willen der Eigentümer wird mit einer über 3-6 Monate zu bezahlenden Geldstrafe bestraft, bzw. 6-18 Monate bei Gewaltanwendung. Symbolische Besetzungen, z.B. von Arbeitsämtern, Büros, Konsulaten usw., können mit 6 Monaten bis einem Jahr Knast bestraft werden und einer über 6-10 Monate zu bezahlenden Geldstrafe. Wichtig ist es hier zu betonen wie weit verbreitet Besetzungen beider Art sind in Spanien. Fast jede Kleinstadt, besonders in Euskadi, hat ein besetztes Jugendzentrum, und Symbolische Besetzungen stellen eine sehr wichtige Widerstandsform dar. Die Gesetzgebung selbst, wenn auch nicht in allen Details, ähnelt sich interessanterweise dem britischen Criminal Justice Act, das Hausbesetzung auch unter Kriminalrecht gestellt hat.Die Euro-staaten ziehen sich zusammen. Es erübrigt sich die Bemerkung, dass die BRD die Vorreiterrolle hat!

Grossbritanien.

In England wird auch getagt. Unter anderem hatten wir Ende Mai Anarchy Week in London, Hackney, und eine Groundswell Konferenz in Sheffield am 25.5. Die Groundswell Konferenzen sind dafür gedacht, Vernetzung unter Erwerbsloseninitiativen über das ganze Land zu koordinieren. Dies ist ein Teil des Widerstandes gegen einen dramatischen Sozialabbau. Nicht zufrieden mit der normalen "Gürtel enger ziehen"-Herangehensweise vieler Staaten hat sich die britische Regierung etwas besonderes ausgedacht. Den Kern der bevorstehenden Reform des Sozialsystems stellt der JSA (Jobseekers Allowance- wörtlich Taschengeld für Arbeitsuchende!) dar. Sozialhife wird dadurch vollständig ersetzt, sie wurde eigentlich schon 1986 durch etwas namens Income Support ersetzt, und Arbeitslosengeld zumgrössten Teil auch. Nach Arbeitsverlust hat der/die Arbeitsuchende, es gibt keine Arbeitslosen mehr, 13 Wochen um Arbeit in dem eigenen Beruf zu finden. Soll dies ihnen nicht gelingen, kriegen sie eine "Direktive", die ihnen befiehlt, bestimmte Schritte zu unternehmen, zB. darin geschult zu werden wie man sich um einen Arbeitsplatz bewirbt. Im Gegensatz jedoch zu dem bestehenden System, schliesst diese Schulung die Möglichkeit ein, dass der/die DirektiverstatterIn der/dem Arbeitsuchenden vorschreiben kann wie sie/ er auszusehen hat. Die Labour Party hat sogar vorgeschlagen, dass SozialhilfeempfängerInnen bestimmte moralische Kriterien erfüllen sollten, um ein Recht auf Sozialleistungen zu haben! Wenn die Ratschläge der Direktive nicht befolgt werden, dann wird der/die Arbeitsuchende gezwungen Arbeit aufzunehmen, mit keiner Rücksicht auf Zumutbarkeit oder Bezahlung. Weigerung eine Stelle aufzunehmen führt zu 6-Monaten Suspendierung aller Leistungen.

Der Widerstand ist verständlicherweise sehr gross und nicht nur unter den Arbeitslosen. Seit einem 6-monatigem Streik in den Arbeitsämtern, erfolgen kontinuierlich Wildcat Streiks in den meisten grösseren Städten. Angestellte der Sozialleistungenagenturen (schon längst privatisiert) weigern sich die Umsetzung der Gesetze vorzubereiten. Es scheint eine gewisse Koordinierung zu geben zwischen Angestellten und Sozialhilfe -bezieherInnen. Auf der Groundswell-konferenz wurde beschlossen, die 10 verantwortlichsten für die Umsetzung des JSA auf Managementebene ins Visier zu nehmen. Das JSA wird Oktober zum Gesetz. It's gonna be a long, hot summer!

Die BesetzerInnen des Guiness Fabrikareals in London (s. Zeck 50), wollen, laut ihrem Mitteilungsblatt, Kontakte mit ähnlichen Initiativen in anderen Ländern herstellen. Sie sind momentan mit Räumung akut bedroht. Sie brauchen Soli-briefe, Geld, Protestbriefe an Guiness usw. Schreibt an! **The Land is ours, E.Oxford Community Centre, Princes St., Oxford OX4 1DD, England.**

http:///www.netlink.co.uk/users/susinfo/tlio.html

Störaktion gegen Hetendorfer Tagungswoche:

Klein aber nicht ohne Erfolg!

Am ersten Tag der 6. Hetendorfer Tagungswoche und zeitgleich mit den Großdemonstrationen in Bonn und Hamburg beteiligten sich AntifaschistInnen aus dem gesamten Norddeutschen Raum an den Blockadeaktionen rund um das Nazi-Schulungszentrum Hetendorf 13 im Landkreis Celle. Mit 300 BlockiererInnen am ersten und 120 am zweiten Tag, blieb die Beteiligung hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück. Daß im nachhinein von einem Erfolg gesprochen werden kann, ist also weniger der eigenen Stärke, als vielmehr dem Zufall geschuldet. Unrealistische Erwartungen wie "Tagungswoche verhindern - Nazi-Zentrum knacken" wurden nur noch von der Prognose des niedersächsischen Verfassungsschutzes übertroffen, welcher im Vorfeld Schätzungen von "bis zu 1200" StörerInnen streute. Mit vier Hundertschaften, drei Wasserwerfern, Reiterstaffeln und weiterem Großaufgebot hatten die Ordnungskräfte das Gelände Hetendorf 13 vor Beginn der Blockadeaktionen am 15.06. für den Durchgangsverkehr gesperrt und hermetisch abgeriegelt. Angesichts einer relativ großen Pressepräsenz, mußte die Einsatzleitung jedoch befürchten, daß sie bei Räumung und Festnahme der BlockiererInnen als Erfüllungsgehilfe des Nazi-Anwaltes Jürgen Rieger dastehen würde, zumal ein Spiegel-TV Team bereits am Abend zuvor von uniformierten Nazis massiv bedroht worden war. Der harte Kern der Tagungsteilnehmer war ohnehin schon am Freitag abend eingetroffen. Ein uniformierter und äußerst aggressiver Schlägertrupp aus Quedlinburg, angeleitet vom ehemaligen NF-Kader - jetzt 'Sozialrevolutionäre Arbeiterfront' - Steffen Hupka, hatte bereits eine Stunde vor Beginn der Blockadeaktion eingetroffenen AntifaschistInnen aufgelauert und sie und ihr Fahrzeug erheblich traktiert. Vor diesem Hintergrund konnte dann die eigentliche Blockade am Samstag mit nur schwachen Kräften ab 6.30 Uhr für zehn Stunden tatsächlich alle Zufahrtswege sperren. Nachdem der Initiator der Tagungswoche, Jürgen Rieger, die Polizei vergeblich zur Auflösung der Blockaden aufgefordert hatte, suchte er sein Ziel durch Provokationen zu erreichen. Ein Autokonvoi verließ das Gelände und kehrte mit Zuwachs um eine scheinbar wichtige Delegation aus Schweden zu einem der Blockadepunkte zurück. Nach einer drei viertel Stunde verschaffte die Polizei den Neofaschisten Zugang zur Tagungsstätte. Ungefähr zehn einzeln eintreffende PKW hatten weniger Standvermögen und Verhandlungsgeschick und drehten angesichts der Blockadeaktion rechts bei.

Blockade fortgesetzt

Wie am Tag zuvor, wurden auch am Sonntag ab 6.30 Uhr die Zufahrtsstraßen zum Tagungsort blockiert. Anders als am Samstag stellte sich die Einsatzleitung jedoch auf den Standpunkt, daß sie den anreisenden Nazis den Zugang zum Nazizentrum mit Zwangsmitteln freizuräumen hätte. Als Reiterstaffeln in die Blockadegruppe hineinritten, wurde die Situation für die DemonstrantInnen immer bedrohlicher. Die BlockadeteilnehmerInnen beschlossen nach dreieinhalb Stunden die Aktion zu beenden, um nicht noch weiteren willkürlichen Repressalien ausgesetzt zu werden. Angesichts mehrerer Überfälle der als Saalschutz eingesetzten Nazischläger vor und nach den Blockaden, bei denen eine Frau und ein Motorradfahrer so schwer verletzt worden sind, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten, lag das Verhalten der Polizei, genauer gesagt ihr Nichtverhalten gegenüber den teilweise uniformierten und bewaffneten Nazischlägern, im Bereich der Begünstigung von Straftaten.

Internationales Nazitreffen

Der rituelle Höhepunkt der Tagungswoche ist in jedem Jahr die sogenannte 'Sonnenwendfeier', wo am abendlichen Lagerfeuer völkisches Liedgut die NS-Romantiker in Wallung bringt. Am Donnerstag den 20. Juni zählten PressebeobachterInnen etwa 200 Anhänger des nordischen Rassewahns inklusive 40 militanter Jung-Aktivisten und damit nicht viel weniger TeilnehmerInnen als im vergangenen Jahr. Die Anreise von Faschisten aus Dänemark, Österreich und Schweden unterstreicht die Bedeutung der Hetendorfer Tagungswoche als eines der Foren des international organisierten Neofaschismus. Die anwesenden Schlägertrupps um Steffen Hupka, Thorsten de Vries (Ex. Deutscher Kameradschaftsbund), Thomas Wulf (Ex NL) und André Goertz (Ex FAP) zeigen außerdem, daß die alten Abgrenzungen im faschistischen Lager aufweichen und die verschiedenen Strömungen zunehmend zusammenarbeiten.

Störaktionen gegen Sonnenwendfeier

Das Niedersächsische Innenministerium hatte 500 Polizisten auffahren lassen, um die Protestaktionen gegen die Sonnenwendfeier vom Ort des Geschehens fern zu halten. Auf einer Kundgebung des 'Bündnis gegen Rechts' am frühen Abend, warf die grüne Landtagsabgeordnete Andrea Hoops der Polizei und den Verfassungsschutzbehörden Verharmlosung und Weggucken vor. Zeitgleich sammelten sich etwa 400 AntifaschistInnen aus dem autonomen Spektrum in Celle um im Buskonvoi nach Hetendorf zu gelangen. Nach 600 Metern stoppte die Polizei den Versuch, die Absperrung über die Felder zu umgehen und kesselte die Demonstranten nach einem massiven Schlagstockeinsatz für mehr als 3 Stunden ein. Sechsundfünfzig Festnahmen, mehrere Verletzte und an die dreihundert Platzverweise unter Feststellung der Personalien sind die unerfreuliche Seite der Bilanz. Andererseits war es auf diese Weise immerhin möglich, daß die Sonnenwendfeier nicht vollständig ungestört verlief. Im Abstand von 150 Metern zum Versammlungsplatz der Nazis waren bis 2 Uhr immer wieder Sprechchöre zu hören.



Dranbleiben ist erforderlich

Die Protestaktionen haben gezeigt, daß die Schließung des Zentrums Hetendorf 13 letztlich nur durch eine breit getragene und vielfältig agierende Bewegung erreicht werden kann. Ohne einen entsprechenden Rückhalt aus der Bevölkerung sind erfolgreiche Vertreibungsaktionen wie beispielsweise des Altfaschisten Thiers Christophersen aus Kollund, nicht denkbar. Darin unterscheidet sich ein kontinuierlicher Widerstand gegen die Infrastruktur der Nazis, von der ein oder anderen erfolgreichen Mobilisierung gegen irgendwelche Faschoansammlungen. Die Polizei konnte sich den massiven Einsatz nur deshalb leisten, weil sich die Gegner des Schulungszentrums vorher fein säuberlich auseinaderdividiert hatten. Der regionale "Arbeitskreis Hetendorfer gegen Extremismus" und die jeweiligen Kreisfraktionen müssen sich die Frage gefallen lassen, ob sie mit ihrem Abgrenzungskurs gegenüber den "Auswärtigen" der Schließung des Nazizentrums näher gekommen sind. Ohne eine überregionale Mobilisierung keine Medienöffentlichkeit und ohne Öffentlichkeit kein politischer Druck. Mit den Blok-

kade- und Störaktionen konnte immerhin 'demonstriert' werden, daß eine Behinderung der Tagungswoche möglich ist, auch wenn diese wie jedes Jahr auf einem Privatgelände stattfindet. Das Antifa-Spektrum sollte sich andererseits jedoch fragen, ob nicht eine gewisse Selbstüberschätzung zu einem verkürzten Aktionsverständnis geführt hat. Eine Beteiligung über die engere Szene hinaus, konnte nicht erreicht werden. Um breitere Kreise anzusprechen, müssen auch Aktions- und Protestformen ermöglicht werden, die nicht eine Bereitschaft zur Konfrontation voraussetzten.

Dezentrale Aktionen

Bereits im Monat vor der Tagungswoche richteten sich dezentrale Aktionen in verschiedenen Städten gegen die Organisatoren der Tagungswoche. Rund 300 zumeist jugendliche Antifas demonstrierten am 01.06. im Hamburger Stadtteil Winterhude gegen die Drahtzieher des Nazizentrums im niedersächsischen Hetendorf. Mit der Demonstration sollte darauf aufmerksam gemacht werden, daß fünf der neun Organisationen, die in den vergangenen Jahren zur Hetendorfer-Tagungswoche aufgerufen hatten, ihren Sitz in Hamburg haben. Wohl aufgrund des fortschreitenden Alters ihrer Mitglieder, hatten die Hamburger Vereine Mütterdank e.V., Heinrich-Anacker-Kreis e.V. und der Freundeskreis Filmkunst e.V. in diesem Jahr erstmals nicht mehr zur Tagungswoche aufrufen. Ihre Aktivitäten scheinen sich zunehmend auf den organisatorischen Zusammenhalt und die finanzielle Unterstützung der Nachwuchsgeneration zu beschränken. Nach eigenen Angaben aus den Vereinsprotokollen, profitieren 'Mütterdank' und 'Anacker-Kreis' von einer Steuerbegünstigung durch das Hamburger Finanzamt. Daß zumindest der Trägerverein Heide-Heim e.V. Hamburg seit mehreren Jahren als 'gemeinnützig' anerkannt ist, dürfte inzwischen bekannt sein. Die Hamburger Behörden überprüfen seit Ende 1994 ohne Ergebnis und verweigern mit Berufung auf das Steuergeheimnis jede Auskunft. Bereits einen Tag zuvor verteilte eine Gruppe von 20 AntifaschistInnen im Hamburger Stadtteil Blankenese an die 800 Flugblätter, welche über die ehemaligen BDM-Führerin Gertrud Herr informierte. Sie ist aktives Mitglied und mehrfache Funktionsträgerin gleich von vier Vereinigungen aus Hamburg, die in den vergangenen Jahren zur Hetendorfer-Tagungswoche aufgerufen hatten.

In Vienenburg, Nähe Braunschweig, beteiligten sich am Samstag den 20.05. etwa 100 Demonstranten an einer antifaschistischen Kundgebung. Ihr Protest richtete sich gegen Harry Radegeis, der in der Vergangenheit mehrfach als Redner der Tagungswoche mit Themen wie "Die germanischen Seele des Deutschen anhand von Geschichtsbeispielen" aufgetreten war. Am selben Wochenende wie in Hamburg, wurde auch in Bremen zu einer Demonstration unter dem Motto "gegen das faschistische Zentrum in Hetendorf und den Faschisten Thiele vorgehen" aufgerufen. Rund 100 TeilnehmerInnen machten auf den Referenten und Mitorganisatoren der Hetendorfer Tagungswochen Hermann Thiele aufmerksam, der in verschiedenen faschistischen Organisationen tätig ist. So im Nordischen Ring (Mitausrichter der Hetendorfer Tagungswochen) und der NPD. Außerdem ist er Bremer Gemeindeleiter der neuheidnisch-rassistischen Sekte der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft, sowie Vorsitzender der Siegrid-Hunke-Gesellschaft - (kun)

FSU ohne Fenster

Am Dienstag den 4.6.96, trafen sich gegen 19 Uhr ca. 20 Faschisten in den Räumen der "Freisozialen Union" (FSU) in der Feldstraße 46 Karolinenviertel, HH). Unter ihnen befanden sich u.a. André Goertz (Ex-FAP-Vorsitzender HH) und Jan Zobel (Bundessprecher der JN (NPD)). Das Treffen wurde nach Beendigung von ca. 40 entschlossenen AntifaschistInnen angegriffen. Dabei wurden die Fensterscheiben der FSU zerstöhrt, das Auto von André Goertz tiefergelegt und einige Neonazis attackiert. Nach ca. 15 Minuten kam die Ordnungsmacht, die jedoch keine Festnahmnen erreichte. Keinen Fußbreit den Faschisten im Karolinenviertel und Überall! Antifa heißt Angriff!

Game over, Celle

Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) wird voraussichtlich eingestellt

Die Autonome Antifa (M) wurde zweieinhalb Jahre als eigenständige "terroristische Vereinigung" (§129a), danach zweieinhalb Jahre als "kriminelle Vereinigung" (§129) verfolgt, 13.929 Telefonate wurden abgehört, 143 Personen auf Mitgliedschaft mit allen technisch zur Verfügung stehenden Mitteln überprüft, alle BesucherInnen von politschen Veranstaltungen gefilmt, 30 Hausdurchsuchungen durchgeführt. Schließlich wurden 17 Personen angeklagt, eine Revision des Urteils beim OLG Celle, die Autonome Antifa (M) sei "keine kriminelle Vereinigung", beim BGH erwirkt, 131 Verhandlungstage, dreimal wöchentlich 250 km vom Wohnort der Angeklagten entfernt, angesetzt und 380 000 DM für den Umbau einer BGS-Reithalle zum Prozeßbunker bewilligt. Übrig geblieben ist letztendlich eine Geldstrafe incl. Erklärung der Angeklagten zum Versammlungsrecht.

In der Vergangenheit hatten die Generalstaatsanwaltschaft Celle (GSA)' und die Staatsschutzkammer Lüneburg (SSK) versucht, den Angeklagten einen politischen Kniefall in Form eines Schuldeingeständnisses und einer Distanzierung von der von der Politik der Autonomen Antifa (M) abzuringen.

Die Angeklagten sind auf diese Forderung nicht eingegangen. Die Bedingungen für eine Einstellung wurden in den letzten Monaten heruntergeschraubt. Die geforderte Erklärung wurde auf Allgemeinplätze reduziert.

Die jetzigen Bedingungen zur Einstellung des Verfahrens lauten:

1. Die AnwältInnen erklären, ihre Mandanten über die Bestimmungen des Versammlungsrechtes infomiert zu haben. Die Mandanten erklären ihrerseits, diese "zu berücksichtigen".

2. Jede/r Angeklagte wird 3.000 DM an eine KZ-Gedenkstätte überweisen.

3. Die bei der Anti-Antifa-Razzia vom 5./6. Juli 1994 beschlagnahmten Materialien, darunter Computer, werden zurückgegeben, Dokumente der Autonomen Antifa (M) erhält das Institut für Sozialforschung in Hamburg.

Hiermit soll nicht nur das Verfahren gegen die 17 Angeklagten eingestellt werden, sondern auch alle noch anhängigen Verfahren gegen weitere 17 Personen, die der Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) "beschuldigt" werden und Ermittlungen bezüglich aller Demonstrationen, die seit den Hausdurchsuchungen im Juli 1994 von der Autonomen Antifa (M) initiiert wurden. Die bislang angefallenen Verfahrenskosten in Millionenhöhe trägt ansnahmslos die Staatskasse. Die GSA hat sich zunächst geweigert, einer Einstellung unter diesen Bedingungen zuzustimmen, zähneknirschend war die GSA dann gestern doch dazu bereit - unter der Bedingung, das Interpretationsmonopol für sich zu sichern: Die Angeklagten dürfen bis zur endgültigen Einstellung Ende Juli 1996 "der von der Kammer vorgenommen Deutung der Erklärung nicht widersprechen". Nicht nur daß die GSA den 17 Personen einen politschen Maulkorb verpaßte, sie hat der SSK auch vorgegeben, wie die Erklärung zu interpretieren sei. Dabei hat eine wie auch immer geartete Erklärung keinerlei juristischen Wert, da eine Einstellung nach § 153a StPO keine Erklärung vorsieht. Diese Deutung der abzugebenden Erklärung zeigt nur den hilflosen Versuch der GSA, den immensen und letzlich erfolglosen Ermittlungssaufwand politisch zu rechtfertigen.

Die Autonome Antifa (M) sieht sich weiterhin der Bekämpfung der Wurzeln des Faschismus verpflichtet. Wie in der Vergangenheit wird sie auch weiterhin adäquate Mittel in der politischen Auseinandersetzung anwenden.

Autonome Antifa (M)
25. Juni 1996









BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL

c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK
SCHULTERBLATT 55
2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08
FAX 040/43 38 11

KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHANZENSTRASSE 6
2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 88
SPIELE 040/439 68 32
FAX 040/43 38 11

Montag - Donnerstag 9.30 - 18.00 Uhr
Freitag 9.30- 18.30 Uhr, Samstag 10.00 - 14.00 Uhr

KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00





Im Monat Juli: Viele Kultfilme in der Spätvorstellung, auch sonst wieder einiges Sehenswertes!
Besonders hingewiesen sei auf die Erstaufführung des Dokumentarstreifens *"Paradise Lost: The Childmurders At Robin Hood Hills"* (o.m.U.): 'Direct Cinema' aus den USA. Über 9 Monate begleiten die beiden Regisseure filmisch das Leben in einer Kleinstadt im Süden der USA, in der kurz zuvor die verstümmelten Leichen von 3 achtjährigen Jungen gefunden wurden. 3 kurze Zeit später verhaftete einheimische Teenager werden verdächtigt, die Jungen als Opfer eines satanischen Rituals getötet zu haben. Die Medien waren monatelang mit Schauergeschichten über angebliche Teufeklsrituale gefüllt.
Interviews, Prozeßverläufe und kommunale Ereignisse zu einem 150 minütigen faszinierenden Drama montiert.





the state of the party

rote flora

1.7. *Vollmondorchester*, 21 Uhr.

3.7. *Vorbereitungstreffen zum Aktionstag für Safwan Eid am 20.7.*. Wir erinnern uns: Am 18. Januar brennt das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße. 10 Menschen sterben, Dutzende werden zum Teil schwer verletzt. Die Behörden präsentieren schon nach wenigen Tagen den Hausbewohner Safwan als Verdächtigen, andere Spuren werden nicht verfolgt, denn es soll kein Deutscher Täter sein. Am 20.7. sitzt Safwan sechs Monate in Untersuchungshaft, trotz einer mehr als dürftigen Beweislage. Ein bundesweiter Aktionstag soll Öffentlichkeit herstellen und die Forderung nach seiner sofortigen Freilassung unterstreichen. 20 Uhr.

5.7. Konzert: *Surrogat, Go Plus* und *Kante*, danach Deejaying mit *DJ Fiedel*. 21 Uhr.

6.7. Cross Fade Enter Tainment presents: *Unit Moebius* (live) und *Beverly Hills 808303* (live) aus Holland, danach *Bunker DJ-Squad, DJ Ferenc* und CFET DJ-Team *Rookie* und *Raid*. Experimental/Acid. Leoncavallo, 22 Uhr.

8.7. *Informationsveranstaltung zur Situation auf dem Sprengel-Gelände*. Kleinkrieg in Hannover? Was waren und sind die Hintergründe der Auseinandersetzungen zwischen SprengelbewohnerInnen/Punks. Was ist zu den Chaostagen 1996 zu erwarten? Mit BewohnerInnen des Sprengelgeländes. 20 Uhr.

13.7. House-Party: *Benefiz für die Frauenkneipe*, 21 Uhr.

15.7. *Vorbereitungstreffen* für das diesjährige *Stadtteilfest im Schanzenviertel* am 24. August. Vokü 18 Uhr. Nächste Termine: 25.7./5.8./15.8./19.8./22.8. jeweils am gleichen Ort.

19.7. *Riverside Soundsystem* (Reggae) aus Köln, Keller 22 Uhr.

21.7. *Frauenfrühstück*, ab 12 Uhr.

22.7. *Dia-Vortrag zum Castor*, 19 Uhr.

27.7. *Reggae in the grass*. Shanty Town alongside Mammut Vibration im Schanzenpark, bei Regen in der Flora. 15 Uhr.

30.7. *Vollmondorchester*, 21 Uhr.

3.8. *Soliparty für die lesbischwulen Filmtage*, 21 Uhr.

4.8. *Frauenfrühstück*, ab 12 Uhr.

Ständige Termine: ***Achtung! Die Vokü wird vom 29.6.-14.7. renoviert und ist deshalb geschlossen. Um rege Beteiligung wird gebeten!***
Montag: 17-21 Uhr Cafe, 18-20 Uhr Motorradselbsthilfe, 19:30 Uhr veganes Essen. Dienstag: 16-? Uhr Dubcafe, 18 Uhr Veranstaltungsgruppe. Mittwoch: 16:30-? Uhr Cafe mit Kuchen. Donnerstag: 17-21 Uhr Cafe,
19:30 veganes oder vegetarisches Essen. Samstag: 11-15 Uhr Frühstück, 16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe. Sonntag: jeden 1. und 3. im Monat ab 12 Uhr Frauenfrühstück.

3001

3.7. *Perspektiven des Widerstands in Mexiko*. Mit einem aktuellen Bericht zur Lage in Chiapas und Mexiko und vom "1. europäischen Treffen für eine menschliche Gesellschaft" und den Filmen *Das EZLN und die Frauen - die ewig Vergessenen* und *ZapatistInnen - las companeras tienen grado*. Nach den Filmen besteht die Möglichkeit der Diskussion mit Marta Duran de Huerta Patino, Dozentin an der autonomen Universität in Mexiko-Stadt (UNAM). 20:30 Uhr.

störte

20.7. *Neptun Sound*, Reggae 22 Uhr. *Fishcore* machen Sommerpause!

pferdestall

5.7. *Ruff Cutz* vs. *Love Tank*, 22 Uhr.

b5

2.7. Veranstaltung: *"Solange noch ein Weg ist..."* Anlaß der Veranstaltung ist das von Karin Leukefeld (Mitarbeiterin der Informationsstelle Kurdistan in Bonn) herausgegebene Buch über den Alltag von KurdInnen in der BRD und Kurdistan. Mit einem Diavortrag über das Leben, die Verteibung und den Widerstand der kurdischen Bevölkerung berichtet sie, wie ihr Buch entstanden ist. 20 Uhr.

6.7. *Frauenlesbendisco*, 21 Uhr.

b movie

5.7. *Dem Einfachen was entgegensetzen...* Erzählt die Geschichte der Edelweißpiraten, 20 Uhr.

6.7. *Diva*, Open-Air-Kino, Ort siehe Tagespresse.

13.7. *Das Piano*, Open-Air-Kino.

20.7. *Don Juan de Marco*, Open-Air-Kino.

27.7. *Backbeat*, Open-Air-Kino.

